

# VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:  
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:  
„Volksblatt“ Zimmer-Strasse 44.

Nr. 46.

Sonnabend, den 16. November 1889.

III. Jahrgang.

**Politische Rundschau. — Die Vorgeschichte des Sozialistengesetzes. — Der Antrag Lohren. — Zur Frauenfrage. VI. — Zur Geschichte des Antisemitismus. IV. — Zu den Berliner Kommunalwahlen.**

**Gedicht und Novelle von Mackay. — Sozialistische Spaziergänge III. — Em. Geib. — Tschernyschewsky. — Was die französische Volksvertretung kostet. — Reichstag.**

## Arbeiter und Parteigenossen!

Wir gedenken in Zukunft unser Blatt wesentlich zu erweitern, rechnen dafür aber auf um so regere Unterstützung durch Werbung neuer Leser und durch Zuweisung von Annoncen seitens der Vereine.

Jeder neu hinzutretende Abonnent erhält, soweit unser Vorrath reicht, die Reichstagsbeilage gratis nachgeliefert.

Ferner bitten wir, recht energisch für die Verbreitung der „Berliner Arbeiterbibliothek“ einzutreten.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.  
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

## Politische Uebersicht.

× Die Reichstagsdebatte über das Sozialistengesetz ist beendet.

Die Gerichtsverhandlungen, welche in Belgien gegen den bekannten Lockspiegel-Pourbaix dieser Tage eröffnet sind, bieten eine schätzenswerthe Ergänzung zu der Art, mit welcher man in den modernen „Rechtsstaaten“ gegen die ruchlosen Arbeiter vorzugehen beliebt. Daß das höchst christliche und katholische Ministerium Vernaert in unmittelbarer Verbindung mit Pourbaix stand, war schon in einem früheren Prozesse klar geworden. Aber die liberale Partei hatte trotz aller Beweise doch noch immer zu leugnen gewagt. Nun hilft auch das nicht mehr. Auf Grund von Aktenstücken ist jetzt unwiderleglich festgestellt, daß alle drei beteiligten Minister: Vernaert, Depolder und Lejeune, als sie ihre Verbindung mit dem Spiegeltume bestritten, das Land wissenlich getäuscht haben. Es ist erwiesen, daß Pourbaix die Arbeiter zur gewaltthätigen Empörung aufreizte, und selbst Dynamitpatronen anlegte, um die Glaswerke in Mariemont in die Luft zu sprengen. Ja, es wurden auf seine Veranlassung Arbeiter verhaftet, und, wenn er sie als Auspionierer verwenden wollte, wieder in Freiheit gesetzt. Die Herren Minister wußten um alles, aber sie gingen mit voller Absicht darauf aus, einen Aufstand zu entfesseln, um ihn nachher mit Gemüthlichkeit niederzulegen zu lassen. Es giebt nichts, was im Dienste des „Eigenthums“ und der „Ordnung“ unerlaubt ist, ebenso wie es umgekehrt nichts giebt, was im Kampfe gegen diese Heiligthümer erlaubt wäre. Der Spiegel wird als „staatsbehaltend“ geheiligt, und jene, welche in friedlicher Rede das Volk über seine Interessen aufzuklären suchen, fertigt man als „Staatsverbrecher“ ein. Die Kampfmittel der heutigen Gesellschaft charakterisiren ihren inneren Werth am besten.

Zu ihrer Art charakteristisch waren auch die letzten Reichstagsverhandlungen. Bei der Debatte, ob man die Reichsbank wie bisher als Privatinstitut bestehen lassen, oder ob man sie nicht auch lieber gleich verstaatlichen solle, zeigte sich die agrarische Begehrlichkeit wieder in ihrem schönsten Lichte. Die Herren schrien nach Verstaatlichung, sie meinten nämlich, wenn erst ein so guter Freund wie das deutsche Reich Banteneigentümer wäre, so würde der nach allen früheren Erfahrungen gern zu Gefälligkeiten bereit sein. Er würde der „nothleidenden Landwirtschaft“ den billigsten Kredit geben und nicht viel auf Sicherheit sehen. Für etwaige damit verknüpfte Verluste kann ja der deutsche Steuerzahler immer aufkommen. Wozu existirte er auch sonst?

Die nationalliberalen Vertreter des industriellen Großkapitals glänzten bei anderen Gelegenheiten, vor allem

bei der Debatte über den freisinnigen Antrag, welcher die Regierungen auffordert, jede Art der Wahlbeeinflussung zu verhindern. Man kennt ja ihre Stellung, entweder behaupten sie, die Wahlen wären thatsächlich frei, oder sie räumen zwar den Wahlzwang als Thatsache ein, verteidigen ihn aber als das angeborene Menschenrecht der Fabrikanten.

Für die Macht des preussisch-deutschen Militarismus endlich legten die Verhandlungen und die Abstimmung über den Ricker'schen Antrag, der auf eine Reform des gänzlich veralteten Militärstrafprozesses abzielte, ein sprechendes Zeugniß ab.

Die Todten reiten schnell. Wie überschwänglich hat man Kaiser Wilhelm I. als den Kämpen und Begründer der deutschen Reichseinheit gefeiert! Wenige Monate nach seinem Tode wurde durch eine günstige Verkettung der Umstände das Tagebuch des Kronprinzen veröffentlicht und — wo war dieser Ruhm geblieben? Man versuchte, die Aufzeichnungen als gefälscht zu bezeichnen und strengte zu diesem Zwecke einen wunderbaren Prozeß an, der aber keinen anderen Erfolg hatte, als daß er die Echtheit des Tagebuches außer allen Zweifel stellte. Damit ist erwiesen — wie in historischen Sachen etwas erwiesen werden kann — daß der spätere Kaiser Wilhelm den deutschen Einheitsbestrebungen höchst gleichgültig gegenüberstand, ja daß er, in altpreussischer Stimmung befangen, die ihm angebotene Kaiserkrone nur unwillig annahm. Die freisinnige Partei — immer geschäftig, ihre Königs-treue zu behaupten — proklamirte nun auf Grund des Tagebuches den früheren Kronprinzen, Kaiser Friedrich III. als nationalen Heiland. Wenn nicht Wilhelm, so mußte Friedrich Vorkämpfer und Gründer der deutschen Einheit gewesen sein. Er „hatte mit idealer Begeisterung die tiefste Sehnsucht des deutschen Volkes erfüllt, er verwirklichte die Träume der Nation“. — Denselben Dienst, welchen das Tagebuch gegenüber der Vergötterung Wilhelms I. leistete, denselben Dienst thut Gustav Freytag's jüngst erschienenes Büchlein „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone“ gegenüber der Friedrichs-Legende. In unserer Zeit will die Sagenbildung eben nicht mehr recht gelingen.

Freytag hat dem Kronprinzen sehr nahe gestanden, er begleitete ihn auch auf dem französischen Feldzuge. Seine Erinnerungsblätter, welche die ganze Presse in Aufregung versetzen, beziehen sich eben auf diese Kriegszeit, die der Kaiserkrönung unmittelbar vorausging. Er ist ferner auch, vom „reichsfreundlichen“ Standpunkt aus betrachtet, ein gänzlich unverdächtig Zeuge, seine Gesinnungen sind durchaus militärisch und monarchisch. Der Sieg der Deutschen gilt ihm als ein Werk der „Vorsehung“, und gegen den Massenmord der Völker weiß er im allgemeinen keine Einwendungen zu machen. Jetzt habe ich die Schrecken des Krieges kennen gelernt, heißt es an einer Stelle, nicht die Leichenfelder sind es, „darüber kommt man weg“. Aber, fährt er dann fort, „ich war in Sulz, in einem Kramladen einquartirt. Die Verpflegungskolonnen waren nicht zur Stelle und die Soldaten kamen, forderten, nahmen, zuletzt begannen sie zu rauben; gerade gegenüber vom Quartier des Kronprinzen.“ Wie charakteristisch! Gingeopfert Menschenleben, darüber kann sich Herr Freytag leichtlich trösten, indessen — Verletzung des heiligen Eigenthums, und dazu noch gerade gegenüber vom Quartier des Kronprinzen, das bringt seine bürgerliche Seele in Entrüstung. Herr Freytag ist also kein Umstürzler, sondern Reichsfreund vom reinsten Wasser. Hat er etwas an dem Kronprinzen auszusetzen, so thut er das nicht im Sinne einer besseren Zukunft, die das militärische Königthum der Gegenwart verurtheilen wird, sondern vom Standpunkte des „Bestehenden“.

Und was wirft er dem Prinzen vor? Nichts Geringeres, als daß sein Streben nach der Kaiserkrone ein Ausfluß — nicht der politischen Einsicht, sondern der dynastischen Eitelkeit gewesen sei. Sehr bezeichnend ist ein kleines Gespräch, welches Friedrich nach den ersten Waffenerfolgen des deutschen Heeres mit Freytag hatte.

„Was soll mit Deutschland werden, welche Stellung soll der König von Preußen erhalten?“ fragte Friedrich. Freytag antwortete, daß die Einigung Deutschlands sich nun leicht vollziehen könne, die süddeutschen Staaten würden gerne dem norddeutschen Bunde beitreten. Das fand der Kronprinz selbstverständlich, aber er fragte wieder: Und was soll der König von Preußen werden? Freytag setzt seine Ansichten darüber auseinander. „Nein, fährt da der Kronprinz auf, er muß Kaiser werden“. Als er mit seinem königlichen Vater einst in Paris gewesen, erzählt ihm Friedrich, habe sein Vater dem Russenherrscher, als einem Kaiser, den Vortritt lassen müssen. „Das soll aber kein Hohenzollern sagen, und das darf für keinen Hohenzollern gelten“, mit diesen Worten schloß er das Gespräch.

Noch mancherlei anderes führt Freytag an, um den auf äußeren Glanz gerichteten Ehrgeiz Friedrichs zu beweisen. Uns interessiert nur, daß, wie Wilhelm I. aus dynastischen Rücksichten der Kaiserkrönung widerstrebt hat, so Friedrich III. sie aus eben solchen Rücksichten erstrebte. Die Verehrer des Kronprinzen erhoben natürlich über die Freytag'sche Schrift, ein großes Wehklagen. Man warf dem Verfasser vor, er hätte aus Liebedienerei gegen das augenblickliche Regiment geschrieben, eine merkwürdige Verdächtigung, wenn man bedenkt, wie stark Freytag seine Abneigung gegen jede Art königlichen Prunkes überhaupt ausdrückt. Aber schließlich vermochte man dem Buche doch nichts anderes entgegenzuhalten, als daß der Kronprinz sich auch für die nationale Vereinigung als solche begeistert habe, ohne seiner Sonderabsichten zu erwähnen. Was beweist das aber? Sucht nicht ein jeder das, was er für sich verlangt, zu einem allgemeinen Gute zu verklären? Sollte der Kronprinz anders gehandelt haben?

Die Sozialdemokratie würde selbstverständlich auch dann, wenn Friedrich der Mann gewesen wäre, als welchen ihn die Freisinnigen feiern, ihm kalt und ablehnend gegenüber stehen müssen. Denn die nationalen Einheitsbestrebungen erscheinen ihr nicht in jenem idealen Märchenschimmer, mit dem das Bürgerthum sie heute umgiebt. So weit die großkapitalistische Produktion durch den Zusammenschluß vieler einzelner Ländchen zu einem einheitlich geordneten Staatswesen gefördert wird, so weit erblickt der Sozialismus in der nationalen Bewegung eine durch die ökonomische Entwicklung erzeugte Nothwendigkeit. Darum hält er auch den Kampf gegen einen solchen Zug der Zeit für gänzlich utopisch. Er hofft sogar, aus dieser Art der Centralisation auch für seine letzten Ziele Nutzen zu ziehen.

Aber gänzlich fern liegt ihm jede Idealisierung des nationalen Dranges und jede Verhimmelung der Männer, die ihre Kraft an die Verwirklichung jener Einheitsbestrebungen setzten. Hätte Kaiser Friedrich ohne alle Nebenabsichten für das Deutschthum gekämpft, er würde also doch für uns höchst gleichgültig sein. Die Aufdeckung der Triebfedern, welche den preussischen Kronprinzen in Wahrheit bewegten, interessiert uns nur, weil dadurch in dem nichtsozialistischen, blindnationalen Theile der Bevölkerung eine neue Erschütterung der hergebrachten Monarchenverehrung hervorgebracht werden muß. Mit Genugthuung sehen wir, wie in dem Himmel des Volksglaubens eine Gottheit nach der anderen zusammensinkt.

## Zur Vorgeschichte und Entstehung des Sozialistengesetzes.

Als Vorläufer des jetzigen Sozialistengesetzes kann die Strafgesetz-Novelle bezeichnet werden, welche den Reichstag in der Session von 1875/76 beschäftigte. Diese Novelle enthielt u. a. folgende wider die Sozialdemokratie gerichtete Bestimmung:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufhetzt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie und des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängniß bestraft.“

Der damalige Minister Graf Eulenburg der Ältere äußerte bekanntlich bei der — wirkungslosen — Begründung dieser Vorlage:

„Die Regierung verlangt von Ihnen jetzt Waffen, die es unmöglich machen, mit der Zeit die blanken Waffen zu gebrauchen . . . . . Sonst können wir vor der Hand nicht anders, als uns mit den schwachen Gesetzesparagrafen so lange zu behelfen, bis die Flinte schießt und der Säbel haut.“ (Bravo rechts.)

**11. Mai 1878.** Hödels Schuß unter den Linden. Am 17. Mai legt Preußen dem Bundesrathe einen **Gesetzentwurf** „zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ vor. Er erfuhr dort nur unerhebliche Änderungen.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf — datirt Friedrichs-  
ma, den 20. Mai 1878 — enthielt nur 6 Paragraphen und zwei Seiten Begründung.

Nach § 1 sollte der Bundesrath die Ermächtigung erhalten, Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, zu verbieten. Die auf Grund dieser Ermächtigung erlassenen Verbote sollten der Kontrolle des Reichstags unterliegen, welcher befugt sein sollte, die Auserkennung derselben herbeizuführen.

§ 2 sollte die Polizeibehörde ermächtigen, die Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten vorläufig zu verbieten. Ein solches Verbot sollte jedoch erlöschen, wenn es nicht innerhalb vier Wochen von dem Bundesrathe auf Grund des § 1 bestätigt werde.

Nach § 3 sollte die Polizeibehörde befugt sein, Versammlungen im Voraus zu verbieten oder nach dem Beginn aufzulösen, sobald Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung die Ziele der Sozialdemokratie verfolge.

Die §§ 4 und 5 enthielten Strafbestimmungen und § 6 beschränkte die Gültigkeit des Gesetzes auf einen Zeitraum von drei Jahren, weil, wie es auffallenderweise in den Motiven hieß, man „die Freiheit der Presse und des Vereinswesens auch der Sozialdemokratie gegenüber nicht länger beschränken wolle, als zur Sicherung des Staates und des öffentlichen Friedens unumgänglich notwendig sei, und in der Hoffnung, daß es nach Ablauf von drei Jahren eines solchen Schutzes nicht mehr bedürfen werde.“

Wie man sieht, war der damalige Entwurf lange nicht so scharf als das spätere Sozialistengesetz. Nach den Motiven trug man sich sogar mit der Hoffnung, in drei Jahren mit der Sozialdemokratie fertig zu werden. Nur die Konservativen stimmten zu, selbst die Nationalliberalen waren dagegen. Die Sozialdemokraten ließen damals durch Liebknecht einfach folgende Erklärung verlesen:

„Der Versuch, die That eines Wahnsinnigen noch vor dem Abschluß der gerichtlichen Untersuchung zur Ausführung eines lange vorbereiteten Reaktionsreiches zu benutzen und die moralische Urheberhaft eines noch unerwiesenen Mordattentats auf das Leben des deutschen Kaisers einer Partei zuwälzen zu wollen, die den Mord in jeder Form verurtheilt und die gesammte Entwicklung der Gesellschaft von dem Willen eines einzelnen unabhängig weiß — richtet sich so vollständig in den Augen eines jeden vorurtheilslosen Menschen von selbst, daß wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrängt sehen: Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Diskussion dieses Ausnahmengesetzes Theilzunehmen, und werden keinerlei Provokation Folge geben. Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung betheiligen gegen dieses beispiellose Attentat auf die Volksfreiheit.“

Mit 251 gegen 57 Stimmen wurde der Gesetzentwurf abgelehnt.

**2. Juni 1878.** Attentat Nobilings. Der Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich, übernahm die Regenschaft und man wandte sich „an das Gewissen der Nation um Schutz für die bedrohte Gesellschaft“. Fürst Bismarck beantragte bereits unterm 6. Juni in einer Denkschrift beim Bundesrathe die Auflösung des Reichstages und der Bundesrath stimmte am 11. Juni auf Grund dieser Denkschrift dem Antrage zu.

**30. Juli Neuwahlen.** Die Sozialdemokraten behaupteten gleich im ersten Wahlgange zwei ihrer alten sächsischen Stammsitze und kamen in nicht weniger denn 16 Wahlkreisen in die Stichwahl. In Berlin verloren sie zwar einen der 1877 eroberten zwei Wahlkreise, den 6., während sie in dem anderen, dem 4., in die Stichwahl kamen; aber die sozialdemokratische Stimmenzahl war in Berlin von 31,522 Stimmen, die ein Jahr vorher abgegeben worden waren, auf 56,336, also um 24,814 Stimmen gestiegen! Bei den Stichwahlen wurden von der Sozialdemokratie außerdem der 4. Berliner Wahlkreis (mit 22,000 gegen 20,000 Stimmen), sowie Breslau-Ost, Dresden-Alstadt, Elberfeld-Barmen und die sächsischen Wahlkreise Schopau, Freiberg und Mittweida behauptet oder erobert. Neun sozialdemokratische Deputirte zogen in den neuen Reichstag ein (vorher 12). Im Ganzen verloren aber die Sozialdemokraten bei diesen Wahlen 56,130 Stimmen, da diesmal nur 437,158 Stimmen auf sie fielen, während sie ein Jahr vorher 493,288 erreicht hatten.

16. August Enthauptung Hödels.

**9. September:** Zusammentritt des Reichstages und Vorlegung des neuen Sozialistengesetzes. (Entwurf eines Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.) Der neue Entwurf war unvergleichlich scharfer als der erste. Während der erste einfach besagte, daß Druckschriften, Vereine und Versammlungen, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgten, vom Bundesrathe verboten werden könnten, und daß dieses Verbot außer Kraft zu setzen sei, wenn der Reichstag dies verlange — forderte die neue Vorlage, daß Vereine, Druckschriften und Versammlungen, welche sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf die Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen verfolgen, durch die Bundespolizeibehörde zu verbieten seien. Von einem Aufhebungsrecht des

Reichstages war nicht mehr die Rede. Außerdem war in das neue Gesetz die scharfe Bestimmung über die Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes und die damit verbundene Ausweisungsbefugniß“ aufgenommen. In dem ursprünglichen, von Preußen dem Bundesrathe vorgelegten Gesetzentwurf war als besondere Rekursinstanz auch ein eigenes neues „Reichsamt für Vereinswesen und Presse“ vorgesehen, das aber vom Bundesrathe als mit der Souveränität der Einzelstaaten unverträglich beseitigt wurde. In den Motiven des Gesetzes hieß es, daß die sozialdemokratische Agitation die Hauptsache der Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Verwilderung der Gemüther sei. Für Staat und Gesellschaft sei es deshalb ein Gebot der Selbsterhaltung, wenn man der Sozialdemokratie den Mißbrauch gewisser Rechte unmöglich mache und ihr die Mittel zur Ausbreitung auf gezieltem Boden entziehe. Hierbei bedürfte es aber auch der Mitwirkung aller erhaltenen Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, um durch Belebung der Religiosität, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte, wie durch wirtschaftliche Reformen die Wurzel des Uebels zu beseitigen.

Die Vorlage ging schließlich an einer 21er Kommission, in welche aber kein Sozialdemokrat gewählt wurde. In dieser Kommission schlug Hänel vor, in's Strafgesetz folgenden Artikel aufzunehmen:

Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise, oder wer durch beschimpfende Äußerungen über die religiösen Ueberzeugungen anderer, oder über die Einrichtungen der Ehe, der Familie oder des Staates, oder über die Ordnung des Privateigentums die Angehörigen des Staates zu feindseligen Parteinungen gegeneinander öffentlich auffordert oder aufreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft.

Die Nationalliberalen ließen aber Herrn Hänel im Stich. Losker meinte, daß Hänel's „Fingerzeig“ ja später von der Regierung benutzt werden könne, aber vorläufig müsse man das verlangte Gesetz berathen. Mit 13 gegen 8 Stimmen wurde Hänel's Antrag abgelehnt (gegen Zentrum und Fortschritt). Bei der Plenarverhandlung wurde kein Versuch gemacht, den Antrag zu erneuern. Die Kommissionsverhandlungen zogen sich sehr in die Länge. Losker setzte durch, daß statt „Untergrabung“ „Umsturz“ gesagt wurde. Die Bemühungen Reichensperger's, auf den „gewaltsamen Umsturz“ die Sache zu beschränken, hatten keinen Erfolg. Ein Antrag des Abg. Oneist, „gewerbmäßige Agitatoren“ nach einmaliger Vorbestrafung unter Polizeiaufsicht zu stellen, wurde abgelehnt und die Berathung, nachdem noch die Regierung „loyale aber energische“ Handhabung des Gesetzes versprochen, und nachdem man die Geltungsdauer des Gesetzes statt auf fünf nur auf 2 1/2 Jahre festgesetzt hatte, mit thünlichster Beschleunigung beendet. Das Schicksal des Gesetzes war nun besiegelt. Die Mehrheit der Kommission hatte ihre Schuldigkeit gethan. Statt „Untergrabung“ war „Umsturz“ gesagt, einige Schnörkel von „Gefährdung des öffentlichen Friedens und der Eintracht der Bevölkerungsklassen“ waren ebenfalls angebracht, nun konnte es nicht fehlen, daß die ausführende Polizei über diese — Zwirnsfäden stolpern würde.

Mit 221 gegen 149 Stimmen wurde die Vorlage angenommen.

Am 21. Oktober wurde das Sozialistengesetz publizirt und bereits zwei Tage darauf, am 23. Oktober, brachte der Reichsanzeiger die ersten Verbote. Dieselben erreichten in den ersten fünf Monaten die respektable Ziffer von 533:196 Vereine, 81 Zeitungen, darunter verschiedene ausländische, und 256 nichtperiodische Druckschriften. Selbst „Die Quintessenz des Sozialismus“ von Professor Dr. Schäffle, der Anfangs der sechziger Jahre auch österreichischer Handelsminister gewesen war, wurde im Eifer des Gefechts mit verboten, aber wieder freigegeben. Wochen hindurch nahmen die Verbote, Hausdurchsuchungen und Konfiskationen kein Ende.

Kurz vor der Rückkehr des Kaisers wurde über Berlin und Umgegend auf Grund des Sozialistengesetzes „der kleine Belagerungszustand“ verhängt (29. November 1878). Schon am folgenden Tage, am 30. November wurden 49 Personen metallographirte Ausweisungsbefehle zugestellt. Den meisten wurde aufgegeben, binnen 24 Stunden Berlin und Umgegend zu verlassen; anderen wieder wurde eine Aufenthaltsfrist von 48—72 Stunden gewährt.

### Der Antrag Lohren.

Der Abgeordnete Lohren, unterstützt von der Reichspartei, hat im Reichstage den Antrag gestellt, den § 136 der Reichsgewerbeordnung, der die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter regelt, mit einem vierten Abschnitt zu versehen, der lauten soll:

Arbeiterinnen dürfen in Fabriken weder an Sonn- und Feiertagen, noch zur Nachtzeit zwischen 8 1/2 Uhr Abends und 5 1/2 Uhr Morgens beschäftigt werden.

Am Sonnabend dürfen Kinder und Arbeiterinnen Nachmittags nach 5 1/2 Uhr in Fabriken nicht beschäftigt werden. Wir halten diesen Antrag für sehr bedenklich. Er schädigt die Arbeiterinnen und nützt den Arbeitern nichts.

Gewiß sind wir der Ansicht, daß der Staat in die Arbeitsbedingungen hineinzu sprechen, die Arbeiter vor übermäßiger Anstrengung, vor gesundheitsmörderischer Ausnützung zu schützen hat; gewiß verlangen wir ganz besonders einen Arbeiterschutz gegen überlange Arbeitszeit durch gesetzliche Feststellung eines Normalarbeitstages und von Ruhetagen in einer Ausdehnung, die den heutigen mecha-

nischen Fortschritten angemessen ist. Wir halten es nicht für gut, daß ein Theil der Arbeiter durch zu lange Arbeitszeit belastet, dem Druck der mechanischen Arbeit körperlich und geistig unterliegt, während ein anderer Theil arbeitslos und deshalb hungernd auf der Straße verkommt.

Wir erblicken in der Abkürzung der Arbeitszeit das wichtigste Mittel zur körperlichen Erlösung und Befundung, so wie zur geistigen Hebung der Arbeiter. Wir wollen dem Arbeiter die nöthige Zeit geben, um sich zur Befittung, zu höherer Bildung empor zu arbeiten. Wir stehen im schärfsten Gegensatz zu Herrn Reichensperger, der in der Besprechung über die erste Lesung des Sozialistengesetzes die Ansicht äußerte, daß dem Arbeiter weniger Schulbildung zu geben wäre. Er fürchtet, daß die Arbeiter noch mehr als heute der Führung der Pfaffen entschlüpfen könnten.

Wir wünschen, daß der Arbeiter sich dieser Leitung recht bald und recht gründlich entziehe, daß er herauswache aus der Rohheit und Sittenverwilderung, in welcher er heut festgehalten wird, dazu verlangen wir eine wesentliche Abkürzung der Arbeitszeit. Wir vertreten die Forderung nach einem achtstündigen Arbeitstage für alle Arbeiter, würden aber gern jede Abschlagszahlung nehmen, die sich wirklich als wirksame Abkürzung der Arbeitszeit darstellen würde.

Wie wir zu der Abkürzung des Arbeitstages stehen, ebenso stehen wir zu der Einhaltung von vollkommenen Ruhetagen. Auch halten wir dazu die herkömmlichen Sonn- und Feiertage durchaus geeignet, als regelrechte Ruhetage angesehen zu werden, wenn dafür gesorgt wird, daß in solchen Betrieben, in welchen die Einhaltung dieser Ruhetage für alle Arbeiter in denselben unmöglich ist, andere Ruhetage in gleicher Zahl eingelegt werden.

Auch nach dieser Seite hin würden wir nicht anstehn, jede wirkliche Abschlagszahlung anzunehmen.

Wir wissen, daß es eine wirtschaftliche Anschauung giebt, die von der in der Wirklichkeit nicht zutreffenden Annahme ausgeht, daß der erwachsene Arbeiter, oder wie man zu sagen beliebt, der mündige, selbständige Arbeiter die Fähigkeit habe, sich selbst gegen übermäßige Ausnützung zu schützen, daß er beim Abschluß des Arbeitsvertrages frei sei und keines staatlichen Schutzes bedürfe. Diese ganz manchesterliche Anschauung hat sich aber doch überzeugt, daß ihre „Freiheits-Annahme“ nicht recht zutrifft, daß es mit dem „freien Selbstbestimmungsrecht“ der Arbeiter gegenüber dem Kapitale doch seinen Haken hat, daß es ohne Einschreiten des Staates doch nicht gut geht.

Um aber das liebe „Prinzip“ nicht aufgeben zu müssen, sucht man eine Hintertüre. Der Arbeiter soll „frei“ bleiben, aber ihm soll doch durch Schutzgesetze geholfen werden. Diese „Halben“ sind da auf den Gedanken gekommen, durch Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit — die sie glauben beschränken zu dürfen, weil Frauen und Kinder „unmündig“ sind — den Arbeitern auf einem Umwege das zu besorgen, was sie auf geradem und ehrlichem Wege ihnen zu geben, als eine Verletzung der „Freiheit“ des Arbeiters bezeichnen.

Diese „Halben“ setzen voraus, daß in solchen Betrieben, in welchen die Mitarbeit der Frauen und Kinder nicht entbehrt werden kann, durch Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit auch eine Abkürzung der Arbeit der „mündigen“ und „freien“ Arbeiter erfolgen muß.

Wir werden also, wenn wir sehen, daß es im Wege ist, die Frauenarbeit wie hier im Antrage Lohren zu beschränken, notwendig untersuchen müssen: wie kann diese Maßregel vielleicht auf solchem Umwege auch den übrigen, den männlichen Arbeitern nützlich werden.

Dies kann natürlich nur in den verhältnismäßig wenigen Betrieben gelten, in welchen ein unmittelbares Hand- in Handarbeiten der Frauen mit den Männern unvermeidlich ist, wo nicht die Arbeit der einen selbständig ohne die Arbeit der anderen geleistet werden kann. In der großen Mehrzahl der Betriebe wird die Verkürzung der Frauenarbeit gar keine Wirkung ausüben. Dies Mitteln der „Halben“ wird also nur von verschwindender Wirkung sein. Da wo es wirken könnte, wird es aber nur dann eine Besserung bringen, wenn die Frauenarbeit so abgekürzt wird, daß sie wirklich auf eine wesentlich kürzere Zeit als heute beschränkt wird.

Das ist nun beim Antrage Lohren durchaus nicht der Fall. Er läßt eine tägliche Arbeitszeit von 13 bis 14 Stunden zu, je nachdem die Arbeitspausen auf zwei oder eine Stunde gesetzt werden. Letzteres ist bekanntlich in vielen Fabriken der Fall, in welchen man den Arbeitern, statt ihnen Frühstück- und Besperpause zu gewähren, nur erlaubt, während der Arbeit einen Bissen Brod zu essen.

Der Antrag Lohren macht eine wöchentliche Stundenzahl der Arbeitszeit von 80—81 Stunden möglich. Der Fabrikant kann eine Ausnützung der Arbeiter und auch der Frauen trotz dieses Antrages vornehmen, die weit über das Maß dessen hinausgeht, was physisch und moralisch als überhaupt zulässig zu bezeichnen ist. Als Arbeiterschutz ist der Antrag Lohren also gänzlich wirkungslos und werthlos.

Den Frauen aber ist er dennoch schädlich. Er belastet sie mit Bedingungen, die ihnen den Wettbewerb mit der männlichen Arbeit sehr erheblich erschweren.

Wir haben hier nicht zu erweisen, wie thöricht und falsch es nach dem Stande der heutigen Verhältnisse ist, danach zu streben, die Frauenarbeit überhaupt beseitigen

und verdrängen zu wollen. Solche Bestrebungen — die durchaus vergeblich und nutzlos sind, weil eine immer größer werdende Zahl von Frauen auf die selbständige Arbeit außerhalb der Familien angewiesen ist und arbeiten muß, um leben zu können — findet man heut nur noch in weltfremden Kreisen, die das Leben durch die Brille einer sehr falschen sittlichen und philanthropischen Anschauung betrachten und vielleicht in weniger aufgeklärten Arbeiterkreisen, die nur die nächste Wirkung des Wettbewerbes der Frauenarbeit sehen und fühlen, die wirtschaftlichen Ursachen aber noch nicht verstehen gelernt haben.

Damit sich die Frauenarbeit möglichst unschädlich für die Gesamtheit der Arbeiter entwickeln kann, ist es durchaus nötig, daß dieselbe keinen anderen Beschränkungen unterliegt als die Männerarbeit. Alle Arbeiterschutzgesetze müssen — von ganz speziellen hygienischen Maßnahmen abgesehen — gleichmäßig auf Männer und Frauen Anwendung finden.

Wird diese Bedingung nicht eingehalten, so muß eine künstliche und widernatürliche Verschiebung der Frauenarbeit eintreten, die nur schädigend wirken kann.

Durch eine Einschränkung der Frauenarbeit im Sinne des Antrages Lohrer würden sich solche Industrien, die auf einen fortgesetzten Betrieb bei Tag und bei Nacht, an Sonn- und Festtagen der Natur des Betriebes gemäß angewiesen sind, genötigt sehen, die bis jetzt beschäftigten Frauen zu entlassen. Wie viele das sein würden, ist bei der sehr mangelhaften Arbeitsstatistik, die wir besitzen, nicht zu übersehen. Eine andere Anzahl Unternehmer, die vielleicht die Nachtarbeit, die Arbeit an Sonn- und Festtagen entbehren könnten, aber sie nicht entbehren wollen, würden ebenfalls die Frauen entlassen.

Man glaube doch ja nicht, daß sich dadurch die Löhne der Arbeiter heben würden, wir sind sogar vom Gegenteil überzeugt. Die Industrien, die Frauen beschäftigen, haben sich leider auf diese billigeren Arbeitskräfte eingerichtet, und würden vielfach an die Männer, die dann die Frauen ersetzen müßten, auch keine höheren Preise zahlen. Verlängerung der Arbeitszeit, größere Ausnutzung würde die unzweifelhafte Folge sein.

Die frei gesetzten Frauen müssen aber nothwendig anderswo Arbeit suchen. Da sind die Herren Wirtschaftstreiber der kapitalistischen Klassen nun freilich gleich bei der Hand mit dem Vorschlag, sie sollen „in den Dienst“ gehen. Abgesehen davon, daß an „Dienstmädchen“ durchaus auch heut kein Mangel ist, und daß ein Leben als Diensthote wirklich nicht für eine jede Frau paßt, die nicht bei schlechter Behandlung und kalten Kartoffeln gedeihen kann, sind auch viele durch Familienverhältnisse daran verhindert. Außerdem ist den Frauen durch die äußeren Verhältnisse das Auffuchen von Arbeit an ferneren Orten ziemlich erschwert. Die frei gewordenen Frauen werden also, um zu leben, sich anderen, in der Nähe üblichen Industriezweigen zuwenden, auf anderen Stellen mit größerem Nachdruck die Männerarbeit verdrängen, indem sie sich um so billiger anbieten müssen, je mehr Beschäftigungszweige ihnen verschlossen sein werden. Die frei gewordenen Männer werden dafür um so mehr den Beschäftigungszweigen zufließen, die die Frauen ausgestoßen haben und das Ende vom Liede würde wahrscheinlich eine allgemeine Herabsetzung der Löhne sein.

Da also der Antrag Lohrer durchaus nicht geeignet ist, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Industriearbeiter herbeizuführen; da er die Frauen selbst, ohne ihnen einen wirklichen Schutz zu gewähren, in der Auswahl ihrer Arbeitsgelegenheit beschränkt; da er eine den Erwerb der Frauen behindernde Belastung für die Frauen schaffen will, ohne ihnen irgend welche Vortheile zu gewähren, so müssen wir gegen diesen Antrag ganz entschieden protestieren.

Wir können nur einen solchen Arbeiterschutz gutheißen, der alle erwachsenen Arbeiter, Männer wie Frauen, gleichmäßig umfaßt, allen gleichen Schutz und gleiche Rechte gewährt und dabei, wenn wir im Rahmen des Antrages Lohrer bleiben wollen, allen Arbeitern eine mäßige Arbeitszeit gewährt, die sich dem Achtstundentage möglichst nähert, so wie einen vollkommenen Ruhetag wöchentlich. Alle anderen Versuche, ordnend in die Arbeitsverhältnisse einzugreifen, können nur störend und schädigend wirken. Nur durch vollständige Gleichstellung der Arbeiterin mit dem Arbeiter kann die den Arbeiter durch den niedrigeren Lohn der Frau für die gleiche Leistung schädigende Konkurrenz der Frauenarbeit ihrer Schädlichkeit entkleidet werden. Gleiches Recht für Mann und Frau, gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, einzig in diesen Sätzen liegt die Lösung der Frauenfrage für die Arbeiter.

### Zur Frage der Frauenarbeit.

Von Klara Zetkin.

VI.

Die sozialistischen Arbeiterparteien verlangen nicht mehr Beschränkung der Frauenarbeit, sondern gleichen Lohn für gleiche Leistung und volle Koalitionsfreiheit für alle. <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Wie wichtig die fortwährende Diskussion dieser Frage ist, ergibt sich daraus, daß auf dem rheinischen Parteitag ein Abgeordneter noch für die Beschränkung der Frau eintrat. Wir ver-

Die unausbleibliche Konsequenz davon ist, daß sie eines Tages auch für Organisation von öffentlichen Speise- und Erziehungsanstalten eintreten müssen. Natürlich ist, daß die Einführung und Verallgemeinerung derartiger Einrichtungen das bisherige Familienleben durchaus umgestalten, revolutionären.

Wir werden noch später auf diesen Punkt zurückkommen.

Vor der Hand hat sich allerdings der Umschwung der Verhältnisse nur nach der einen Seite hin ausgesprochen vollzogen. Die Frau ist gezwungen, ohne die Vermittlung des Mannes zu schaffen, sich ökonomisch auf eigene Fäße zu stellen. Aber die Gesellschaft bietet noch nicht oder nur unvollkommen die Einrichtungen, welche Ersatz für die bisher im Hause geübte Thätigkeit der Frau liefern. Der Frau des Arbeiters liegen deshalb meist die neuen Verpflichtungen ob, ohne daß sie der alten enthoben worden wäre. Andererseits ist auch die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frau nur eine bedingte. Die Berufsarbeit ist so gut wie der Arbeiter unter die Herrschaft des Kapitalisten gerathen, sie erfährt genau dasselbe, was der Arbeiter erfährt: Lohnrückerei, Ueberarbeit, Unsicherheit des Erwerbes u. s. w. Die Abhängigkeit vom Kapitalisten bedingt für beide Geschlechter die nämliche Verflavung. Da die Frau nicht nur Arbeiterin ist, sondern auch Gattin und Mutter und da in der Gesellschaft noch nicht genügender Ersatz für ihre frühere Thätigkeit im Hause geboten wird, so ist die Arbeiterin meist doppelt belastet. Neben ihrem Wirken auf industriellem Gebiete geht meist das Schaffen im Hause seinen Gang.

Die Arbeiterin ist in der Regel doppelt belastet, anstatt entlastet zu sein. Es geschieht ihr das Gleiche wie dem Manne, nur mit dem Unterschiede, daß dessen größere Verflavung ausschließlich durch die Arbeit außer dem Hause geschieht, während die der Frau zur Hälfte auf die Fabrik, zur Hälfte auf das Haus entfällt.

Die kapitalistische Eigenthumsform verkehrt alles und jedes in sein Gegenteil, setzt für die produzierende Masse Armuth und Ueberlastung mit Arbeit an Stelle von Wohlstand und Reduzierung der Arbeit. Die Nachtheile, welche heute das Auftreten der Frau als Industriearbeiterin begleiten, sind keine unvermeidlichen, von der Natur der Sache untrennbaren Erscheinungen. Die größere Belastung mit Arbeit für die Frau, die Konkurrenz zwischen Männer- und Frauenarbeit sind nur Folgen der herrschenden Eigenthumsverhältnisse. Sie stehen und fallen mit diesen.

Der Frau macht es durchaus kein Vergnügen, nach zwei Seiten hin Lastthier zu sein, es dient auch nicht ihren Interessen, billiger als der Mann zu arbeiten. Sie wird durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zu beiden Geschlechtern gezwungen.

Nun spricht zwar Genosse H. in dem österreichischen Arbeiterblatte aus, daß die Frage der Frauenarbeit nur unter dem Gesichtswinkel der Gegenwart zu behandeln sei, und das klingt recht gut und schön. Allein keine Erscheinung des sozialen Lebens ist für sich isolirt und kann nur der Gegenwart gegenüber betrachtet werden. Die Frage der Frauenarbeit kann nicht erörtert werden, ohne an die Vergangenheit zu rühren und ohne an die Zukunft zu streifen. Man muß wissen, woher man kommt, und wohin man geht. Gerade um eine Erscheinung des sozialen Lebens in der Gegenwart richtig zu beurtheilen, muß man die Bedingungen kennen, aus denen sie hervorgegangen, muß man aber auch den Bewegungsgesetzen Rechnung tragen, welche sie nach der oder jener Seite hin vorwärts treiben. Von diesem Standpunkte aus betrachtet erscheint die Arbeit der Frau auf industriellem Gebiete für die Gegenwart als ökonomisch-gesellschaftliche **Nothwendigkeit**, für die Zukunft als eine Vorstufe **steigender Kultur** und steigenden gesellschaftlichen Wohlstandes. Die Zukunft wächst aus der Gegenwart heraus und es kann sich also nicht darum handeln, die Frauenarbeit zu beschränken, sondern nur darum, die üblen Folgen zu vermeiden, mit denen sie Kraft der bestehenden Eigenthumsverhältnisse und Gesellschaftszustände verbunden ist.

Dies geschieht nach der einen Seite hin durch Bekämpfung der Uebermacht des Kapitals, durch Einführung von Schutzgesetzen zum besten aller Arbeit, nach der andern durch Organisation von Anstalten, welche Ersatz für die frühere Thätigkeit der Frau in der Familie bieten.

### Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung.

IV.

Wie aber ist es möglich, heute den Antisemitismus zu bekämpfen, dem man gestern angehangen, ohne sich der schändlichsten Lächerlichkeit preiszugeben und die Prostitution des Charakters aller Welt zu offenbaren?

Auch hierin zeigt sich der schlaue Geschäftssinn des in Nationalitätsbegeisterung, Reichthumsfreudigkeit, Industrie und Handel machenden christlich-germanischen Kapitalisten, der seinen Lehrer übertrifft. Der wahre Kapitalist begeistert und engagiert sich nur, wenn er für seine Geschäfte einen Gewinn sieht, sonst bleibt er kühl bis ans Herz hinan. Der jüdische Kapitalist, welcher in unserer industriellen Epoche an der Kapitalsanhäufung der Bourgeoisie naturgemäß großen Antheil nimmt, ist mit tausend Fäden mit den industriellen und kaufmännischen Anlagen der christlichen

weisen auch hier wiederholt auf die „Berliner Arbeiterbibliothek“ Heft 3: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage.

Kapitalisten verbunden und diese mit seinen Unternehmungen. Solche das Geschäft bedingenden Verbindungen würden aber zum Nachtheil des geschäftlichen Nutzens reizen, wenn der christliche Kapitalist seine Antipathie gegen den Juden in agitatorischer Weise vertreten würde. Da das Geschäft aber die erste Rücksicht verlangt, so spielt der germanische Kapitalist in der antisemitischen Bewegung, mit der sein Geist und Herz sympathisirt, eine nur bescheidene Rolle und hält gleichfalls Vorzicht für den besseren Theil der Tapferkeit. Ein stärkeres Hervortreten in dieser Bewegung würde die germanische Bourgeoisie außerdem von ihren Spekulationen und Geschäftsunternehmungen abziehen und sie zieht deshalb eine passive Theilnahme an den gegen die jüdischen Konkurrenten gerichteten Bestrebungen vor, so daß sie jeden Augenblick ihre eigenen Sympathieen ohne Aufsehen bekämpfen kann.

Wenn wir also von der im Gegensatz zu der rohen Offenheit des Mittelalters raffinirter ausgebildeten politischen Heuchelei der Gegenwart absehen, haben wir eine ähnliche Situation vor uns, wie sie das zwölfte Jahrhundert zeigt.

Der „nationale“ Kapitalismus, welcher seine Kräfte aus der Entwicklung der industriellen Epoche gezogen hat, will den jüdischen Kompagnon abschütteln, dessen er nicht mehr bedarf. Er fühlt sich mächtig genug und im Besitze eines genügend verdauungsfähigen Magens, um den nationalen Mehrwerthsertrag ganz allein für sich zu konsumieren.

Wenn bei dem Schauspiel der antisemitischen Bewegung die christlich-germanischen Kapitalisten die Beifall klatschenden Zuschauer sind, so hat sich ein großer Theil der Handwerkerklasse in die Rolle der Agitirenden hineindrängen lassen. Der Antisemitismus hat in diesen Kreisen die geschäftsmäßigen Berechnungen der Bourgeoisie abgestreift. Er hat sich hier zu einem das ganze Gesellschaftsleben beherrschenden ehrlichen Fanatismus entwickelt. Diese Bewegung ist für einen großen Theil der Handwerker der Strohalm, an den er sich in der Gefahr des wirtschaftlichen Unterganges festklammert.

Die eben geschilderte Industrieentwicklung hat bereits einen Theil der Handwerkerklasse, welcher mit dem Großkapital, christlichem und jüdischem, nicht konkurriren konnte, in das große Heer des Proletariats hinabgestoßen. Und die übrigen Handwerker fühlen immer mehr von Tag zu Tag das Unhaltbare ihrer wirtschaftlichen Lage. Der Kampf des Handwerkers gegen die großen industriellen Unternehmungen und Bazare wird immer aussichtsloser. Sein ganzes Leben ist eine unausgesetzte aufreibende Sorge um die Existenz, eine ihn nie verlassende Furcht vor Deklassirung. Sein Klassenelend empört ihn um so eher, als in seinen Ohren der Sirenenfang vom goldenen Boden des Handwerks in früheren Jahrhunderten noch nicht verklungen ist. In dem Fieber der Verzweiflung greift er gierig nach allen Mitteln, die ihm vorgegaukelt werden, um die Existenz seiner Klasse zu erhalten.

Aber schon das Bestreben, der Handwerkerklasse das frühere feste Gefüge zu verleihen, ist eine Illusion. Der Handwerkerstand unternimmt mit dieser Illusion, wie weiland Don Quixote, einen Kampf gegen Windmühlen. Er will dem Rade der Zeit in die Speichen fallen und wird selbst zermalmt. Er weiß nicht, was die Arbeiterklasse längst begriffen hat, daß der Kampf, welcher das ganze moderne sozialpolitische Leben der Völker erfüllt, in seiner Tendenz darauf hinausgeht, die Klassen vollständig zu beseitigen. Er weiß nicht, daß die Maschine, welche die Existenz seiner Klasse zerstört und seinem Konkurrenten, dem Großkapitalisten, Berge von Geld produziert, zugleich die Bestimmung in sich trägt, das Heil- und Erlösungsmittel der Menschheit zu werden. Derjenige Handwerker, welcher seine Klassenlage durch Gesetze bewahrt wissen will, kämpft gegen die ganze moderne Entwicklung, gegen die Epoche der Maschine. Denn seine Klasse ist auf dem Grunde isolirter Zwergarbeit emporgewachsen. Von dem Augenblick, da die isolirte Produktion sich in eine gewaltig ausgedehnte, gesellschaftlich betriebene Produktion umwandelt, entsteht der Kampf des Riesen Großkapital gegen den Zwerg Handwerkerelend, der vielarmigen Maschine gegen den zweiarmigen Hebel, des über tausende von Arbeitern gebietenden Kapitalisten gegen den einige Gesellen dirigirenden Kleinmeister.

Auf denjenigen Handwerksgebieten, auf welchen dieser Kampf noch nicht aus Mangel an großen Produktionsrädern ausgebrochen ist, ist er nur eine Frage absehbarer Zeit. Dieser Kampf endet mit der Sicherheit einer mathematischen Formel mit dem Untergang der Handwerkerklasse.

Giebt es ein Mittel, diese Entwicklung aufzuhalten? Die Handwerkerklasse antwortet: Durch Befähigungsnachweis, Innungszwang, Einschränkung des jüdischen Kapitals kann das Handwerk wiederum den goldenen Boden erlangen. Der alte Traum der Menschheit, daß man mit dem Mechanismus der Gesetze dem nothwendigen wirtschaftlichen Werdepfeil entgegenreten könne! Seht Ihr denn nicht, daß nicht die wirtschaftliche Entwicklung durch Gesetze, sondern umgekehrt die Gesetze durch die wirtschaftliche Entwicklung gemacht werden? Wer die sozialpolitische moderne Entwicklung auf die Vergangenheit zurückschrauben will, muß die Maschine todtschlagen.

bleibt der Handwerkerklasse also nichts anderes übrig, als gebulbig dem Tode entgegen zu sehen? Da die Nothwendigkeit ihres Unterganges in dem Entwicklungsprozeß der Produktion begründet ist, können diejenigen Handwerker, welche ihre Klassenlage im Zusammenhange mit der allgemeinen Wirtschaftslage begriffen haben,

nichts anderes thun, als eintreten in das Heer der Klassen- und zielbewußten Arbeiter und Schuler an Schulter mit ihnen die kapitalistische Anwendung der Maschine bekämpfen. Denn die Maschine kann den arbeitenden Menschen nur dann zur Höhe wahrer Menschlichkeit erheben, wenn sie der Sphäre des Kapitalismus entzogen und zum Eigentum derjenigen wird, welche sich ihrer als Hilfsmittel für die Arbeit bedienen, d. h. des Volkes.

Die Arbeiterklasse, durch ihre wirtschaftlichen Klassenverhältnisse organisiert und diszipliniert, hat bereits das Wesen der kapitalistischen Entwicklung in seiner sachlichen Wahrheit begriffen und weiß demgemäß, daß die kapitalistische Gesellschaftsorganisation und nicht die Kapitalisten an sich Ursache ihres Elends sind. Der Handwerker jedoch, welcher dem Geetze der Konkurrenz nicht nur gegen den Kapitalisten, sondern auch gegen seine Klassengenossen unterliegt, ist wirtschaftlich und geistig isoliert und erbebt vor jener sozialpolitischen Anregung, welche dem Arbeiter durch seine gemeinsame Thätigkeit mit seinem Arbeitsbruder zu Theil wird.

Daher im Handwerkerstande die Unklarheit über die wirtschaftlichen Ursachen seines Falls, daher die Unfähigkeit, sachlich zu denken! Die Illusion, daß keine Klassenfeindschaft noch zu retten sei, hat den Handwerkerstand auch dem Antisemitismus in die Arme getrieben.

### Aus der Welt der Produktion und Technik.

**Die Zuckerproduktion der Welt.** Wie aus der Zuckerstatistik von Vich (nach dem Landboten) hervorgeht, hat die europäische Zuckerkampagne 1888/89 die größte Produktion von Rohzucker seit 1880 aufzuweisen, nämlich 2 750 000 Tonnen; am nächsten kommt ihr das Kampagnejahr 1886/87 mit 2 730 000 Tonnen. Unter den verschiedenen Produktionsländern steht Deutschland mit einem Erzeugniß von 975 000 Tonnen an der Spitze. An zweiter Stelle folgt Oesterreich-Ungarn mit 550 000 Tonnen, an dritter Rußland mit 510 000 Tonnen, Frankreich mit 475 000 Tonnen hinter Rußland.

Wenn man nun erwägt, daß die Zuckerproduktion der außer-europäischen Länder im letzten Jahre gleichfalls mindestens die Höhe des in Europa erzeugten Quantum erreicht hat, so läßt sich die Zuckererzeugung des Jahres 1888/89 im ganzen mit 5,5 Mill. Tonnen veranschlagen. Bei der außer-europäischen Zuckerherstellung stehen fortgesetzt die Inseln Cuba und Java an der Spitze, an dritter Stelle folgt Brasilien, dessen Produktion seit 1880 in erheblichem Maße gewachsen ist.

### Zu den Berliner Kommunalwahlen.

Es sind folgende Genossen in den einzelnen Bezirken meist einstimmig als Kandidaten aufgestellt worden. Für den 11. Wahlbezirk: Fritz Jubel, Tischler, Waldemarstr. 73.  
13. " Otto Klein, Zigarrenhändler, Ritterstr. 15.  
14. " Arthur Stadthagen, Rechtsanwalt, Landsbergerstr. 62.  
15. " Franz Tugauer, Stadtverordneter, Möbelhändler, Köpenickerstr. 24.  
17. " Wihl. Börner, Zigarrenfabrikant, Ritterstr. 108.

24. Wahlbezirk: Gustav Tempel, Gastwirth, Dresdenerstr. 27.  
27. " Otto Heindorf, Gastwirth, Langestr. 70.  
33. " Emil Böhl, Gastwirth, Frankfurter Allee 74.  
35. " Robert Herzfeldt, Expedient, Fährbringerstr. 17.  
41. " Edwin Vogherr, Kaufmann, Landsbergerstr. 64.  
42. " Emil Grindel, Gastwirth, Dresdenerstr. 116.

Die Stadtverordneten-Wahlen finden am Dienstag, den 19. November c., ohne Unterbrechung von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr statt, auch während der Mittagszeit. Diejenigen Wähler, welche am 1. Juli ihre Wohnung nach einem anderen Bezirk verlegt haben, müssen in ihrem alten Bezirk zur Wahl gehen und sich ihre Wahlkarten, welche bei Verzogenen nicht zugebracht werden, am Sonnabend oder Montag aus dem Wahl-Büreau, Königsstr. 7, S. I. L. Eing. III, abholen, oder aber am Tage der Wahl mit sicheren Legitimationspapieren versehen sein.

In allen anderen Wahlbezirken, wo keine sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt worden, wird Wahlenthaltung empfohlen.

Die Wählerlisten liegen zur Einsicht aus für den 11. Wahlbezirk: Restaurant Lehmann, Ecke Rostig- und Mariendorferstraße.  
13. " Gottfried Schulz, Kottbuser Platz 40.  
14. " Restaurant Pflüger, Eisenbahnstr. 35.  
15. " Restaurant Bergholtz, Waldbergerstr. 16.  
17. " Otto Krücker, Zigarrengeschäft, Wasserthorstr. 20.  
24. " Krause, Schankwirth, Rittiner Platz 10.  
27. " Jul. Henke, Restaurateur, Blumenstr. 38.  
33. " Schayer, Schankwirth, Ader- und Invalidenstr. 32.  
35. " Gnadt, Schankwirth, Brunnenstr. 38.  
41. " Wolf, Schankwirth, Gerichtsstr. 44.  
42. " Wille, Schankwirth, Hochstr. 32.

Alle Genossen, die uns am Tage der Wahl, sowie vorher, unterstützen wollen, fordern wir hiermit auf, ihre Adressen entweder bei uns oder bei den im „Berl. Volksblatt“ genannten Vertrauensleuten abzugeben.

### Das Central-Wahlkomitee.

Otto Klein, Vor., Ritterstr. 15 (Zigarrengeschäft). — Otto Krücker, Kassirer, Wasserthorstr. 20 (Zigarrengeschäft). — Franz Tugauer, Köpenickerstr. 24 (Möbelhandlung). — Otto Heindorf, Langestr. 70 (Gastwirth). — Johann Gnadt, Brunnenstr. 38 (Gastwirth). — Aug. Buttig, Solmsstr. 2 (Tischler). — Franz Mohrbach, Lausiger Platz 3 (Konditor).

### Gewerkschaftliches.

Die deutschen Bäcker haben den Zuzug nach London fernzuhalten.

**Achtung Bildhauer!** Vor wenigen Wochen begann unser Kampf, zum größten Theil haben wir gesiegt, mit verdoppelter Energie gilt es aber zu kämpfen, um auch den letzten Widerstand zu besiegen. An unseren Forderungen müssen wir strikte festhalten: 8 1/2 stündige Arbeitszeit, 9 stündiges Verweilen in der Werkstätte, richtige Zeitlohnarbeit, nicht Beibehaltung der Affordarbeit unter irgend welcher verkappten Form, welche Lohnarbeit sein soll, es aber thatsächlich nicht ist, keine Arbeit für gesperrte Werkstätten! Kollegen! Vom 16. d. M. ab werden die Unterstützungen erhöht, wir bitten aber alle Kollegen, uns thätig zur Seite zu stehen; für die Beiträge der arbeitenden Kollegen zur Streikliste sind eigene Listen gefertigt und dieselben jederzeit von uns zu haben. Die arbeitslosen Kollegen ersuchen wir dringend, Inlerate nicht zu beachten, nur die

Stellenvermittlung der Berliner Bildhauer in Anspruch zu nehmen. Sollten den Kollegen noch Werkstätten bekannt sein, wo die Forderungen nicht, oder nur teilweise eingeführt sind, bitten wir umgehend um Nachricht, aber nur nach vorheriger genauer Prüfung. Kollegen! Freigabe wäre es, jetzt zu weichen, wir bauen auf eurer Opfermuth und eurer ferneren Ausdauer. Die Streikkommission der Berliner Bildhauer. Annenstr. 16.

**An sämtliche Berliner Gewerkschaften.** Wir sehen uns, da wir über verschiedene Fabriken die Sperre nothgedrungen verhängen mußten, nunmehr genöthigt, an das Solidariätsgesühl der gesammten Arbeiterschaft Berlins zu appelliren. Wenngleich die Berliner Tabakarbeiter im allgemeinen in letzter Zeit dadurch gesündigt haben, daß sie bisher der Organisation fernstanden, so können wir jetzt mit Genugthuung auf die jetzige Bewegung blicken. Nicht zu hundert, sondern zu tausenden nehmen die in der Tabakbranche befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen an den stattfindenden Versammlungen Theil, und können wir uns jetzt der guten Hoffnung hingeben, daß das Erwachen in unseren Reihen immer mehr und mehr um sich greifen wird. Bitten und Flehen um Unterstützung ist eines Arbeiters gegenüber seinesgleichen unwürdig, und daher mag ein Jeder nach seinem eigenen Ermessen handeln, wie er glaubt es mit sich vereinbaren zu können. Sollte sich für die hiesige Lohnbewegung eine rege Theilnahme der Gewerkschaften zeigen, so glauben wir das Versprechen geben zu können, daß wir siegreich aus dem Kampfe gegen die Kapitalmacht hervorgehen werden. Die Pohnkommission. J. A.: H. Gumpel, W. Herrmann. — Sämtliche Sendungen sind an Herrn A. Dreicher, Berlin N., Reinsbergerstr. 12, III., zu richten, wie zu weiteren Mittheilungen Herr H. Gumpel, Berlin NO., Barnimstr. 36, zu jeder Zeit bereit ist.

Die Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin 4, hält am Montag, den 18. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Gnadt, Brunnenstr. 38 eine Versammlung ab. Tagesordnung: Vortrag über „Jung und Gefellenausschuss“. Referent, Herr Rautenberg.

Verein der Filzschuharbeiter und Berufsgen. Montag, 18. Nov., Abends 8 Uhr, in Zenters Salon, Münzstraße 11: Mitglieder-Versammlung.

Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung (frühere Ethische Gesellschaft). Generalversammlung am Sonnabend, den 16. Nov., Abends 8 Uhr, im Restaurant Fische, Blumenstraße 39. Der Vortrag am Sonntag muß ausfallen, da es dem Vorstände nicht gelang, ein passendes Lokal zu bekommen.

### Briefkasten.

Frankfurt a. M. Saalfeld. Hoffentlich in nächster Nr. Friedrichsfelde. Die Adresse des Kaufmanns A. ist Kottbuser Damm 7.

Hamburg. Sie sandten nach Burg i. D. eine Agitationsnummer. Der Adressat verweigerte die Annahme und die Post stellte uns die Nummer zu. Dies zur Nachricht, damit Sie künftig sich Kosten sparen.

München. Betrag erhalten.

Hildesheim. Für Ihren Kreis ist Herr Zigarrenfabrikant Karl Bertram aus Limmer bei Hannover aufgestellt.

Krönerberg. Schreiben Sie einfach: Abg. K., Berlin W., Bureau des Reichstags. — Keller-Görlig.

Berlin G. Das ist richtig. Die nächste sollte am 15. d. M. in der „Nordb. Brauerei“ über „Reichstagswahlen“ sprechen, die Versammlung wurde aber nicht genehmigt.

Lebe. Die letzte Nummer hat uns in der Druckerei länger aufgehalten, als wir dachten. Wir werden von jetzt aber früher expediren, bitten aber natürlich, auch alle Einwendungen früher an uns gelangen zu lassen.

Die Metallarbeiterversammlung für Tegel (s. Beil.) findet nicht statt.

### Clara verw. Wilhelm Hasenclever.

1. Geschäft Chausseest. 49/50. — 2. Geschäft Brunnenstr. 122 (Ecke Anklamerstr.)  
Empfehlenswerthe 5 Pf.-Cigarren: Nr. 54 Wanda, mittel und Nr. 56 Reich, kräftig.  
Den Parteigenossen bei Bedarf bestens empfohlen.

Hierdurch zeige ich meinen geehrten Kunden an, daß sich jetzt meine  
**Buchhandlung und Buchbinderei** in der  
**Mariannenstr. 34, part.,**  
befindet.  
R. Kohlhardt.

### Albert Auerbach,

Berlin S, Kottbuserdamm 7.

### Schuh- und Stiefel-Lager

für Herren, Damen und Kinder.  
Reelle Bedienung. — Feste Preise.

### Fachverein der Tischler.

Montag, den 18. November, Abends 8 1/2 Uhr in Jordan's Salon, N. Grünstr. 28  
**Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Die Beschlüsse des Tischler-Innungstages zu Hamburg. Referent: Th. Glöck.  
2. Diskussion.  
3. Werkstätten, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
4. Fragelasten.  
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.  
Kollegen als Gäste willkommen.  
Der Vorstand.

NB. Heute, Sonnabend, Abends 8 Uhr, in Jordan's Salon:  
**Tanzkränzchen.**

### Fachverein der Tischler

(für den Osten.)

### Große Versammlung.

Sonntag, den 17. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Neustädter Volksgarten, Proslauerstr., Ecke Frankfurter Allee.

Tagesordnung:  
1. Die Mißstände in der Näh- und Schreibzweige und wie ist hier Abhilfe zu schaffen. Referent: Fritz Delze.  
2. Diskussion.  
3. Werkstätten, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.  
Kollegen als Gäste willkommen.  
Die Kollegen der Näh- und Schreibzweige sind hierzu ganz besonders eingeladen.  
Der Bevollmächtigte.  
Freundliche Schlafstelle zu vermieten. Treppowstr. 17, Hof I. bei Nachtl.

Für Wahlvereine! Zur Massenverbreitung geeignet!

Soeben erschienen:

Berliner Arbeiterbibliothek Heft 8:

### Die wirthschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit

und die

### Entwicklung der Sozialdemokratie.

Von Max Schippel.

32 Seiten. Preis 15 Pfennige.

Zu beziehen durch die bekannten Kolporteurs u. Expeditionen. — Von 10 Exempl. an 10 Pf.

Der Verlag der Berliner Volksbibliothek.  
Berlin 80., Oranienstr. 23.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte

### Uhrenfabrik

von

### Max Busse

157. Invaliden-Strasse 157,  
neben der Markthalle.

verkauft jetzt **sämmtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.** Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.

Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von

**Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren**

zu fabelhaft billigen Preisen.

**Spezialität: Ringe.**

Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.



[Nachdruck verboten.]

## In der Weltstadt.

Die Straße lag im Abenddämmerlicht.  
Nur mühsam warf das Licht die matten,  
Verwehten Strahlen in die Nacht,  
Und heimwärts von verirrtem Gange  
Trug ich das Herz, das schwere, bange,  
Gesagt von zwingend düsterer Nacht.

Entschlafen war des Lebens Reigen.  
In fremdem, wunderbarem Schweben  
Ermüdet lag die Riesensiedlung:  
Der langen, siebertollen Tage,  
Der niegefüllten, wehen Klage,  
Des eignen, wirren Lebens satt.

Nur meiner eignen Schritte Hallen  
Bekannt ich noch. Dem Tod verfallen  
Sont alles meinen Sinnen schien.  
Selbst durch der Brücke hohe Bogen  
Sah ich die Themse fortgezogen  
Wie unbeweglich weiter ziehn.

Ich sah mit starrem Blicke nieder.  
Und eine Nacht stieg auf mir wieder —  
Es war vor langen Jahren schon.  
Da ging ich, einsam und verlassen,  
Durch einer andern Weltstadt Gassen —  
Und hörst! — dort — einer Stimme Ton.

Ich kannte meinen Schritt, und Küstern  
Bekannt ich eine Stimme. Lüftern  
Und wollustbeugend zu mir drang:  
"So gib mir Geld — ich bin die deine!" —  
Und dann sah ich beim Lichte Scheine  
Wie er sie wild und schnell umschlang.

Rasch in der Häuser Schatten eilen  
Sah ich das Weib, dort kurz verweilen —  
Dann wieder stehen bei dem Mann.  
Die Vater... war's zu mir gedrungen.  
Schon aber sah ich festumschlungen  
Die beiden weiterschreiten dann.

Und als nun in des Hauses Schatten  
Ich eilig trat, sah einen matten,  
Gebrochnen Greis ich stehen dort;  
In seiner Hand wie Gold es funkeln,  
Sein Auge Thränenfluth undunkeln —  
Und das Entsetzen riß mich fort!

Und rückwärts muß ich oft mein Denken  
Zu jener Stunde schauernd lenken,  
Gedankt von einer dunklen Nacht.  
Wenn heimwärts von verirrtem Gange  
Das Herz verlangt, das schwere, bange,  
Aus sternlosster, kalter Nacht...

London 1887.

John Henry Mackay.

[Nachdruck verboten.]

## Nur eine Kellnerin.

Von

John Henry Mackay.

(Fortsetzung.)

Es war am dritten Tage nach jenem, an welchem  
Maxl sich entschlossen hatte, den Brief an Hans zu schreiben.  
Es war der schwerste Entschluß gewesen, vor welchem  
sie jemals gestanden hatte. So schwer war es ihr selbst  
nicht geworden, von Hause fortzugehen. Aber die Krankheit  
hatte ihren Willen und ihren Stolz gebrochen, und  
Noth und Angst waren für sie zu groß gewesen.

Sie war zum ersten Male aufgestanden für eine kurze  
Zeit und saß in dem alten, abgenutzten Sopha ihrer  
Wirthin in deren enger Stube. Sie hatte an diesem Abend  
Antwort erwartet, und die Unruhe hatte sie ausgetrieben.  
Sie war allein. Das Fenster stand halb offen, und Maxl  
konnte von ihrem Fenster aus gerade die Krone des Baumes  
sehen, welcher sich durch die Steinplatten des Hofes  
durch und langsam immer höher und höher hinauf gearbeitet hatte.

Aber die Antwort war nicht gekommen. Sie hatte  
immer noch gehofft. Doch es war schon so spät, daß der  
Postbote nicht mehr kommen konnte. Morgen...

Sie lag nicht bequem. Sie fühlte in ihrem Rücken  
das harte Holz der Rücklehne, aber sie war so müde, daß  
sie sich nicht bewegen konnte, eine andere Stellung einzunehmen.  
Ihre Gedanken nahmen immer denselben Weg,  
wie müde Pilger, welche eine Hoffnung nur aufrecht hält.  
Sie klammerte sich an das einzige, was sie zu besitzen glaubte;  
an das einzige, was in den langen, letzten Wochen einer  
gänzlichen Verlassenheit vermocht hatte, sie aufrecht zu halten.  
Immer noch denselben Weg gingen die Gedanken — und sie  
logen ihr vor, es sei noch ein Mensch, der an sie dachte und  
der sie nicht vergessen hätte, weil er sie einmal geliebt. Morgen...

Es war stiller wie sonst im Hause. Nur ab und zu  
schlug das Zufallen einer Thüre, das Schreien eines Kindes,  
das Rufen einer Frau schmerzhaft an ihr Ohr. Sie war so  
nervös geworden, daß sie das kleinste Geräusch nicht mehr zu  
ertragen vermochte. Sie wartete auf ihre Wirthin, die unten  
stand und klatschte. Aber es war ihr lieb, daß sie noch nicht  
kam. Sie schauderte zurück vor dem dumpfen heißen Bett,  
welchem sie endlich für einige Stunden entsinken war.

Immer denselben Weg — was er ihr wohl schreiben würde? —  
Vielleicht kommt er sogar selbst — doch nein, es war  
Unsinn, daran zu denken!

Sie schauderte zusammen. Wieder gesund sein! Ihr Kopf  
wurde ihr auf einmal so schwer, daß sie ihn zurücklehnte an  
die Wand. Sie mochte noch nicht daran glauben, daß sie wieder  
gesund würde, denn sie fühlte noch keine Wiederkehr der Kraft.  
Wenn sie nun gestorben wäre? Was er dann wohl gethan hätte?  
Aber er hätte es vielleicht gar nicht erfahren...

Sie hob mühsam wieder ihren Kopf und sah mit ihren großen,  
grauen Augen zum Fenster. Nichts als die rothe, schmutzige,  
graue Mauer des Nebenhauses, und die Krone des Baumes über  
die Brüstung hinüberneidend; kein Stück vom Himmel. Selbst  
das Licht, das von oben mühsam durch die Dächer hier  
hinunterfiel, es war staubig und grau am Tage, und bei  
Nacht warf es nur die Schatten bis an die Hinterwand des  
Zimmers. Es wurde zunehmend dunkler im Zimmer. Nun  
kam bald die Nacht, eine jener schrecklichen Nächte, in  
denen sie wieder nicht schlafen konnte, in denen sie liegen  
mußte Stunde um Stunde, und warten auf den Morgen,  
trotzdem sie zum Sterben müde war. Dann kamen wieder die  
Gedanken. Wie die Spinnen würden sie herantrocknen  
kommen, aus allen Winkeln des Zimmers, die Gedanken,  
welche sie so fürchtete — welche ihr zuflüsterten, daß es  
auch hätte alles anders sein können, wie es gewesen ihre  
ganze Jugend hindurch, und die verkehrten Wünsche nach  
Leben und Heiterkeit. Sie sah starr zum Fenster hinaus,  
immer auf die kalte, schwarze Wand da drüben, welche  
immer dunkler und dunkler wurde. Wie traurig es war,  
so allein zu sein! Wenn nur die kleine Tochter ihrer  
Wirthin da wäre, das schmutzige Kind mit seinem  
frechen Lachen. Aber es war doch wenigstens ein Lachen.  
Vielleicht könnte sie dann mitlachen. Sie wollte rufen.  
Aber es war zwecklos. Es hätte sie doch niemand gehört.

Wie viel Uhr mochte es sein? Sie sah sich im Zimmer  
um, als hätte sie vergessen, daß es keine Uhr hier gab.  
Erst, als sie nicht fand, was sie suchte, fiel es ihr wieder  
ein. Die Leute waren so arm. Und dann dachte sie plötzlich  
an ihre eigene Armuth und die schreckliche Angst wurde  
wieder in ihr wach, wenn nun — wenn nun auch morgen  
nichts käme? — Sie hatte ihrer Wirthin so fest versprochen,  
daß morgen Geld kommen sollte — wenn es nun ausbliebe!  
Was sollte sie sagen — und sie fiel zurück in jene  
brütende, dumpfe Verzweiflung, in welcher sie alle die Tage  
gelegen hatte, bevor sie an Hans Grümmeyer geschrieben  
und nachdem sie ihren letzten Pfennig hergegeben hatte.

So sah sie da, mit ihrem trüben, stumpfen Blick,  
mit den vor Angst bebenden Lippen und den zuckenden Händen  
und die Hoffnung, die lügende Ketterin, wollte nicht wieder  
kommen. Sie sank in sich zusammen, als müsse sie sich  
bergen vor dieser schrecklichen Angst, vor der Noth, vor  
dem Morgen. Als ob sie gerichtet werden sollte — wegen  
eines Vergehens — so war ihr. Die furchtbare Genossin der  
Armuth, die verwirrende Unsicherheit, redete ihr in's Ohr,  
daß es ein Verbrechen sei, arm zu sein, wie sie es immer  
dem Armen einreden sucht, so lange, so quälend, bis er  
betäubt ist von der Wucht der Anklage und er sterben möchte,  
da es ihm Frevel zu sein scheint, noch weiter zu leben.  
Dieser schreckliche Wahn — er ist der größte Fluch der  
Armuth, der sich keine Hand, nein, kein Finger einer Hand  
entgegenstreckt, um sie emporzuheben aus ihrer Angst und  
ihrer Verzweiflung.

Wer aber noch Kraft unter ihnen hat, dem zerreiht  
dies Gewebe des Wahns und die Wahrheit dämmert oder  
flammt ihm auf: daß auch er ein Recht an das Leben hat,  
weil er lebt, ein Recht, genau so groß und so unveräußerlich,  
wie jeder andere Mensch, und er wird es fordern von denen,  
welche es ihm entzogen haben in frevelnder Armaßung,  
und sie mögen ihn verachten und ihn niederhalten, so  
viel sie wollen, es muß einmal ein Tag der Abrechnung  
kommen, wo das Recht nicht mehr Unrecht, und die Wahrheit  
nicht mehr Lüge genannt wird! Und wehe dem, der dann  
noch so verhärtet ist, daß er das Recht nicht anerkennen  
und die Wahrheit nicht sehen will oder kann!

Wer aber schwach ist, der wird untergehen, als eines  
jener ungezählten Opfer der Härte und der Herzlosigkeit der  
anderen, verschüttet und verstoßen von dem Tische der  
Erde, der für alle reich genug gedeckt wurde, und von dem  
er hungrig fortgetrieben wurde, weil ihm die Unerfälligkeit  
der anderen selbst den Abfall nicht gönnte. Und traurig  
wird er bei dem Ueberflus stehen, und Mangel leiden, und  
dann noch am Ende glauben, es sei seine eigene Schuld  
und fortzuschleichen, um die Festesfreude der anderen  
nicht zu stören, um verlassen und vereinsamt zu sterben!

Maxl hatte eine gute Nacht. Sie schlief so lange  
Stunden fest und traumlos hintereinander, wie seit Wochen  
nicht mehr. Als sie erwachte, war es gegen die fünfte  
Morgensunde. Sie fühlte sich so gestärkt, daß sie am liebsten  
aufgestanden wäre. Ihre Schmerzen schienen in diesem  
Augenblick fast verschwunden; ihr Kopf war klarer; etwas  
von der alten Lebensfreudigkeit war in ihren kranken,

matten Körper zurückgekehrt. Sie blieb ganz still liegen,  
auf dem Rücken und sah zur Decke empor. Die Ruhe, welche  
ihr so unerträglich geworden war in den letzten Wochen,  
that ihr nun unendlich wohl. Sie vergaß sogar alles,  
womit sie eingeschlafen war: ihre bange Hoffnung auf den  
heutigen Morgen und das Trostlose ihrer Lage.

Es wurde schon hell im Zimmer. An den weißen  
Wänden des niedrigen, unordentlichen Zimmers lag schon  
der Morgen mit jenem seltsam-hellen, staublosen Licht,  
welches so keine andere Tagesstunde kennt. Ueberall drang  
es hin mit seinem klaren Blick, in jede Ecke und jede  
Falte; nirgends ist Schatten, überall dieselbe grelle,  
unheimliche Beleuchtung. Dabei die Stille. Maxl lag da  
und horchte auf einen Ton. Aber sie hörte nichts, nichts,  
außer dem eigenen, stillen, gleichmäßigen Athem. Alles lag  
in Schlaf. Gewiß wachten um diese Stunde nur wenige  
Menschen, dachte sie. Nur die, welche sich schon jetzt zur  
Arbeit des Tages begaben. Auf der Straße war gewiß schon  
Leben. Aber ihr Zimmer lag an der Hinterseite des tiefen  
Hauses, und wie sollte über das Gewirr von Dächern ein  
Ton zu ihr herüberdringen? Sie hielt sich fester in die  
Decken, als ob sie fröre. Dann schloß sie wieder die Augen.  
Aber sie war so völlig frisch, daß kein Schlaf mehr  
kommen wollte.

Da fuhr sie plötzlich empor. Ein gellender Mistton war an ihr Ohr gedrungen:  
ein langgezogenes, klägliches Bellen. Da noch einmal.  
Ein Hund war in der Nachbarschaft erwacht. Stoßweise  
drang sein Bellen zu ihr; es lag etwas Erschreckendes in  
diesen einsamen, grellen Tönen. Sie setzte sich auf. Aber  
das Bellen nahm kein Ende. Sie hörte es immer deutlicher,  
und es wurde ihr immer unangenehmer. Immer in der  
gleichen Stärke: ein kurzes, lautes Aufbellen, dem ein  
langgezogenes, schrilles Heulen folgte. Fortwährend,  
gleichmäßig. Sie hatte es nie vorher gehört. Es mußte  
aus der Nachbarschaft kommen. Sicher lag das Thier in  
einem der engen, aneinandergereihten Höfe an der Kette.  
Sie wartete. Es mußte doch bald ruhig sein. Aber der  
Hund bellte weiter; immer in denselben misttönenenden,  
schrillenden Lauten, genau in denselben Abzügen. Sie legte  
sich wieder nieder und presste den Kopf in die Kissen.  
Aber der Hund bellte weiter und scharf und schneidend  
drang sein Heulen zu ihr, und sie mußte darauf hinhorchen.  
Es wurde ihr zuletzt so unerträglich, daß sie die Lippen  
aufeinander biß vor Aerger und Ungeduld. Wenigstens  
zehn Minuten schon hatte es gedauert; und der Hund  
bellte immer weiter. Wachte denn niemand auf und band  
ihn los?

Da — endlich! Aber schon in der nächsten Minute  
dasselbe gellende Aufbellen und das winselnde, klägliche  
Heulen. Diese krampfhaften Stöße — das Thier war krank.  
Diese Töne waren von irgend einem quälenden Schmerz  
hervorgepreßt. Und immer weiter. — Sie lag und horchte  
mit angehaltenem Athem, wartend auf den Augenblick,  
wo das Thier vor Erschöpfung innehalten würde. So lange  
und anhaltend hatte sie noch nie einen Hund bellen hören.  
Daß niemand aufwachte — sie verstand es nicht. Und  
plötzlich ergriff sie eine furchtbare Wuth gegen das Thier:  
sie hätte es erwürgt oder zu Tode gepeitscht, wenn sie es  
unter den Händen gehabt hätte. Sie haßte diese Kreatur!  
Sie presste die Lippen aufeinander; aber klar und empörend-  
gellend drang das anhaltende Bellen zu ihr. Es kamen von  
Zeit zu Zeit Pausen, aber immer wieder begann es. So  
hatte sie noch nie ein Ton gefoltert, wie diese schrecklichen  
kranken Laute.

Sie konnte sich legen, wie sie wollte, sie mochte sich  
die Ohren zuhalten, sie mochte mit Gewalt ihre Gedanken  
auf anderes richten — sie mußte es hören, und es durchdrang  
jedemal schmerzhaft ihre Schläfen, wie eine spitze Nadel.

Ihre Nerven waren durch ihre Krankheit zerrüttet;  
ihr Gefühl hatte sich verfeinert und ihre Empfindungen waren  
gereizter geworden. Sie glaubte sogar in ihrer erregten  
Phantasie das Klirren der Kette zu hören, an welcher der  
Hund lag, und ihn bei jedem Aufheulen sich in die Höhe  
reißen zu sehen.

Sie konnte es zuletzt nicht mehr ertragen. Sie glaubte,  
eine Stunde nun schon das Bellen zu hören, während es  
vielleicht erst eine Viertelstunde gedauert hatte.

Sie sprang auf, und warf sich auf den mit ihren Kleidern  
bedeckten Stuhl. Und wie von körperlichem Schmerz  
gepeinigt, schluchzte sie verzweifelt auf, als nun mit einem  
letzten, langen Aufheulen das Bellen des Thieres plötzlich  
verstummt.

Sie zitterte am ganzen Körper und fühlte, wie sie  
fieberte. Den Nacken hinunter zog eine eisige Kälte und sie  
schauderte zusammen. Aber sie hatte nicht mehr die Kraft,  
in das Bett zurückzutreten. Als nach einer Stunde die  
Wirthin eintrat, fand sie das Mädchen halb liegend auf dem  
Stuhle, die nackten Füße gegen den Boden gestemmt und  
den Kopf hintenüber gesunken; halb bewusstlos und von  
Fieberfrost erstarrt. Maxl mußte ins Bett zurückgetragen  
werden.

Sie schlief sofort ein. Als sie am Nachmittage erwachte,  
gab ihr die Wirthin den Brief von Hans Grümmeyer, sehr  
erstaunt, denn Maxl hatte noch nie einen Brief erhalten.

Marl hatte Mühe, vor Freude nicht aufzuschreien, als ihr die Scheine entgegenfielen.

Sie wollte sofort auf und in ihrem überströmenden Dankgefühl antworten. Sie war wie genesen. Aber erst als sie am Tisch saß, und beginnen wollte, fühlte sie, daß sie zu schwach zum Schreiben war. Sie vermochte es nicht.

Erst nach einigen Tagen erhielt Hans Grütmeyer den folgenden Brief, den ihm der Briefträger persönlich übergab.

„Berlin, den 19. 8. 85.“

Lieber Hans!

Eben war der Doktor hier und erlaubte mir zwei Stunden aufzubleiben, wozu ich auch gleich die Gelegenheit benutzte und Dir zu danken. Du hast so edel an mir armen Mädchen gehandelt und der liebe Gott möge Dir alles vergelten, ich will Dir nun sagen wie ich mit Deiner lieben Unterstützung gewirtschaftet habe: die Wirtin bekam einen großen Theil und dann wollte auch die Schneiderin für das blaue Kleid, Du kennst es ja! einen Theil haben, ich mußte es ihr geben, denn sie ist zu arm wie sie sagt, leider mußte ich auch eine Flasche starken Wein haben. Der Doktor sagt es müsse sein. So war ich denn die letzte Woche noch im Besitz von 4 Marl, am Dienstag bekam ich aus der Krankenkasse 3 Marl, essen darf ich jetzt schon mehr auch Fleisch. Ich habe nur mehr eine Marl und einige Pfennige aber ich spare recht lieber sage ich ich habe keinen Appetit und nehme einen Köffel Wein mehr, es ist doch recht traurig wenn man in solch einer Lage ist und gar niemanden hat der einem beisteht. Ich zittere schon am ganzen Körper vom Schreiben Du mußt schon verzeihen aber ich darf ja eigentlich noch gar nichts thun muß froh sein wenn ich stehn kann und nicht umfalle. Tausend Dank für Deine Hilfe Du bist ein guter Mensch ich werde es Dir nie vergessen und gern in Notizen sobald es mir möglich zurückzahlen ach wenn ich nur ins Geschäft gehen könnte ich kann nicht mehr schreiben liebe wohl und es grüßt Dich

Deine Marl.“

Als Hans Grütmeyer diesen Brief gelesen hatte, lächelte er mit jenem eigenthümlichen Zug, welcher sich immer um seinen Mund legte, wenn eine Sache zur Zufriedenheit beigelegt war. Die wären wir los, dachte er bei sich; es ist doch gut, daß sie wieder besser ist. Daß sie noch einmal an ihn schreiben könnte, dachte und erwartete er nicht. Wozu auch? — Sie war jetzt aus dem Kergisten heraus.

Er zerriß den Brief in kleine Fetzen, und ließ sie durch die Finger in den Papierkorb fallen. Dann piß er leise vor sich hin, und dachte an etwas anderes, was ihm angenehmer war.

(Fortsetzung folgt.)

## Sozialistische Spaziergänge.

3.

B. W. Ich befand mich auf der Durchreise in meiner Vaterstadt und ging, meine alte Tante zu besuchen. Die Tante war die Wittwe eines Beamten und lebte von einem kleinen Wittwengehalt. Sie fristete ihr zweckloses Dasein ziemlich kümmerlich und machte sich mit ihrem kleinen Haushalt allzuviel Plage. Ihre einzige Hilfe war ein kleines Mädchen aus der Nachbarschaft, welches täglich die winzigen Einkäufe und Gänge besorgte.

Ich zog die Klingel im dritten Stockwerk. Die Thür öffnete sich ein wenig — offenbar festgehalten durch eine Sicherheitskette — und die Tante fragte mißtrauisch: „Wer ist da?“ Gleich darauf aber hatte sie mich erkannt, rief in froher Erregung meinen Namen, machte aber merkwürdigerweise die Thür wieder zu. Nach einer Weile wurde die benachbarte Thür geöffnet, und nun begrüßte mich Tante, aber mit einer der Wiedersehensfreude beige-mischten Verlegenheit. Ich merkte, daß ich die gute Frau überrascht hatte. Sie war bekleidet mit einem alten Stubenrock und einer „selbstgemachten“ ungeschickt faltigen Wolljacke. Das Zimmer, in welches ich trat, war die sogenannte „gute Stube“, sah aber wunderbar aus: Das Sopha bedeckte ein Laken zum Schutz gegen Staub und Licht. Gleiches Zweckes halber war der Teppich nach den Beinen des schwächlichen Mahagonitisches hin zusammengeschlagen. Duer durch das Zimmer zogen sich Bindfäden, über denen Wäsche zum Trocknen hing. Die Luft war kalt und feucht.

Das also war Tantens „gute Stube“! — Die alte Frau lebte so einsam, daß vielleicht alle Jahre einmal ein Besuch kam. Und dann war natürlich die gute Stube im Zustande überraschter Nachlässigkeit, im Négligé. Die gute Stube war also ganz überflüssig, ja unsinnig. Sie kostete schwere Miete; die eleganten Möbeln darin waren im Verhältnis zu den Ausgaben einer kleinen Wittwe theuer und doch ganz ohne Verwendung und der Welt so entrückt, wie Gefangene; einen Zweck hätten die Möbeln überdies gar nicht erfüllen können, es sei denn den, betrachtet zu werden, den Zweck der Nippfächer; zum Sitzen war das zierliche, mit Seide bezogene Sopha unbequem, zum Liegen ganz unbrauchbar. Die Sessel hatten nur scheinbar ein schwellendes Polster, thatsächlich waren sie mit Berg ausgestopft und hart wie der Rücken eines mageren Gauls. Auf die Platte des Mahagonitisches durfte sich niemand lehnen; sonst brach sie ab.

Unsinn! Blödsinn! meint jeder vernünftige Mensch. — Ja freilich! Doch, mit Shakespeares zu reden, „dieser Blödsinn hat Methode“, und deswegen gerade findet er hier Notiz.

Die gute Stube der Tante ist nämlich keine vereinzelte Erscheinung. Solche oder ähnliche „gute Stuben“ hat vielmehr jeder echt bürgerliche Haushalt. Ich möchte fast behaupten: in unserer sozialen Rangordnung fängt das bürgerliche Element mit der guten Stube an. Das ist nahezu ein soziales Gesetz.

Worin liegt nun die „Methode“, der Sinn dieses unsinnigen Brauches? — Offenbar bezweckt der bürgerliche Mensch mit der guten Stube, etwas zu „repräsentiren“, d. h. vorzustellen, was er nicht ist, und was obendrein nicht einmal vorstellenswerth, was ein ganz faules Ideal, ein Zool ist.

Der Bürger will Wohlhabenheit, womöglich Reichthum heucheln. Und diese Heuchelei ist bezeichnend für zwei Merkmale unseres Zeitalters, des Kapital-Zeitalters: für die Vergötterung des Reichthums und die große Bedeutung des materiellen Credits.

Unsere Zeit wird beherrscht vom Gelde; daher macht Reichthum ihren Adel aus; und daher geht der Ehrgeiz aller bürgerlichen Elemente dahin, wenigstens den Schein der Wohlhabenheit zu erlangen, zumal da dieser Schein auch einen materiellen Werth hat, indem er nämlich Kredit, dieses unentbehrliche Gelderwerbungs mittel, verschafft.

„Gute Stuben“ oder gar „Salons“, kostspielige, neu-modische Weiberkleider, „Gesellschaftsgegenstände“ . . . das ist der Ausfluß dieses Charakterzuges unserer Zeit. Und dieser Zug beherrscht, wie wir gesehen haben, sogar den Haushalt einer dürftigen, einsiedlerischen alten Frau.

4.

Es giebt in den Städten Familien, welche mehrere Generationen hindurch einen bürgerlichen Charakter hatten und daher Ueberlieferungen aus der „guten alten Zeit“ mehr als „Emporkömmlinge“ und „Dellaßirte“ bewahren. Bei diesen Bürgern „von altem Schrot und Korn“ dürfte unser Spott über die „gute Stube“ und die Sucht zu „repräsentiren“ vielfach Bestätigung finden. Um sich nun zu trösten über die moderne Unsitte des Luxus, belieben diese alterthümlichen Leuten, ihre Gedanken auf das Land zu den Bauern, dem Hort des Biederthums, gewissermaßen zur Erholung zu schicken! Doch hier gerathen sie auf einen Holzweg; denn abgesehen von Gegenden ländlicher Armuth bestehen die schlichten bäuerlichen Einrichtungen und Sitten der „guten alten Zeit“ nur noch in der Phantasie, in Dorfgeschichten von Immermann, Auerbach, Niehl und Melchior Meyr sowie in Gemälde-Ausstellungen, wo eine Lindenbesattete Hütte mit moosigem Dache am grünen Weiher oder Waldekrande, sei es nach dem Gewitter, sei es im Frühling oder Winter — natürlich inmitten eines goldenen Rahmens — stets ein gläubiges Publikum findet. Diesem Glauben des gedankenlosen Publikums, dieser utopistischen Phantasie tritt ein verständiger Auffatz im „Kunstwart“ entgegen. „Lieber — wendet der Verfasser dem utopischen Schwärmer für bäuerliches Biederthum ein — bedenke doch, daß selbst Nojegger über das Schwimmen der Apler-Eigenart vor dem Eindringen der neuen Zeit klagt. Und was sind gegen das offene deutsche Land mit seinen wachsenden Großstädten, seinen zahllosen Eisenbahnen, seinem Post- und Telegraphenwesen die Steirer Waldwinkel? Oder meinst Du, — fahre ich fort und brauche dabei eine Wendung, mit welcher neulich der Festredner bei Uebergabe einer neuen Vereinsfahne die Hauptwirkung seiner zündenden Rede erzielte — meinst Du, daß während wir führenden Kreise das stolze Banner unseres kulturellen Aufschwungs im Sturmschritt von Sieg zu Sieg vorwärts tragen, der Landmann, der dieses Schauspiel tagtäglich mit anseht oder doch davon hört und sieht, bei Alledem bleiben könne und wolle, was seine Väter waren? Euch brennt die hellste Gasflamme noch nicht hell genug und Ihr schreit nach Erleuchtung mit Bogenlicht von zweitausend Kerzen: soll etwa der Bauer mit der Zeitung in den Händen, in der eben davon berichtet wird, wie seine Ahnen am Rienspahn sitzen? Nein, sein Wohlstand ist um's zehnfache gestiegen und sein Selbstgefühl auf grund dieses Wohlstandes um's hundertfache, und wie er, um dessen Stimme sich Reichs- und Landtagskandidaten hoflich bemühen, längst seinen Leinwand ausgezogen hat, um ihn mit modischem Gehrock zu vertauschen, so ist er auch schon lange nicht mehr mit der Wohnung zufrieden, die einst seine Väter erbaut und an der sie nach Bedürfnis, wie es gerade war, gebessert haben, sondern er will ein Haus, dem es von weitem anzusehen ist, daß jetzt andere Zeiten für den Landmann angebrochen sind.“

Also ist eine unermüdbliche, früher nicht erlebte Bau-lust nicht bloß in Euren Großstädten erwacht, wo immer zahlreicher emporwachsenden Prachtbauten in breiten schnurgeraden Straßen an Stelle der zusammengedrückten Häufelkumpen aus früheren dumpfen Zeiten den Glanz der glorvollen Gegenwart bezeugen, sondern weit und breit im Lande sinkt das alte Bauernhaus in Schutz und zwar öfter durch die Epigone niedergerissen, als durch Feuersmacht oder den Zahn der Zeit zerstört, und, kurz: das trauliche, vom mächtigen Birnbaum oder von der buschigen Linde überragte Hättchen mit hängenden Siebeln, tief sich senkendem Dach und dem geschwärtzten Gebälk der mit Lehm geklebten oder im Fachwerk aufgemauerten Wände mag immerhin samt all' seinem ferneren Zubehör in Euren goldschneidenden Büchern und an den Wänden Eurer Salons ungeführt Euch weiter erfreuen: draußen in der rauhen oder sage ich lieber: in der glücklicher gewordenen Wirklichkeit wird es bald ganz verschwinden und nebst seinen beliebtesten Zuthaten vergessen sein.“

Gehen wir einmal auf das Land, d. h. nicht in einen von der Kultur noch nicht bespülten Winkel, sondern in eine Gegend, welche die Eisenbahn durchschneidet und Industrie und Handel in ihr Bereich gezogen haben. Dort hat sich der Landwirth von einem städtischen „Bau-Unternehmer“ ein Haus bauen lassen nach dem Prinzip: „Für mein Geld will ich das Beste, das Schönste, das Neueste.“ Solch ein Bauernhaus sieht ganz allerliebste aus mit seinen Zahnschnitten, Dreischlitzen am oberen Gesims, Ausladungen

über den Fenstern und zu ihren Seiten, mit kannelirten Säulenschäften neben der Hausthür, Kapitellen mit Laubwerk oder Voluten darüber. Aber was diese, sich in den Schwanz beißenden, Delphine, diese Centauren und Chimären mit dem Denken und Thun unseres Bauern zu thun haben, ist nicht einzusehen.

Wie steht es überhaupt mit der Zweckmäßigkeit eines solchen Hauses? Bei dem Fanatismus des Bauern für Zweckmäßigkeit sollte man erwarten, daß es außerordentlich praktisch sei. Sehen wir zu: Die Hauptfront des Hauses liegt nach der Straße zu, wie bei Häusern der Stadt. Dort ist das auch natürlich; denn die städtische Straße ist interessant. Aber auf dem Dorfe? Da fahren Düngerwagen die Straße entlang, und auf die Weide ziehende Kühe hinterlassen ihre Spuren. Der Bauer hat vielmehr seine Aufmerksamkeit auf den Hof zu richten, auf Stall, Scheune und Gefinde. Darum hatte auch das alte Bauernhaus seine Langseite dem Hofe zugekehrt, während sich nach der Straße die Giebelseite wandte; und auch die Hauptthür war seitlich. Jetzt noch ist der eigentliche Eingang eines jeden Bauernhauses hinten im Hofe; hinten befindet sich ebenfalls die Küche; und in der Stube daneben ist die Familie zusammengedrängt. Was soll also die Straßenfront mit hübschen Fenstern und wohlgestrichenen Läden, mit stattlicher Hausthür und emporführender Freitreppe? Die einzig mögliche Antwort lautet: Diese Pracht ist dazu da, begafft, bewundert zu werden. Einem anderen Zwecke dient sie nicht. Von den Vorberräumen macht in der That der Bauer fast das ganze Jahr hindurch keinen Gebrauch. Drum siehst du die Fenster mit Roll-Jalousien oder Läden verschlossen; wegen dringender Erntearbeit hat man ans Deffnen gar nicht gedacht. Wozu auch? Die Wohnung ist ja hinten im Hofe! Der Landmann bedarf keiner Stube, wo er arbeitet, seine Frau braucht keine „Kemenate“, wohin sie sich bei einem Mißgrän-Anfall zurückzieht, und das Kindervolk treibt sich auf dem Hofe und im Freien herum, anstatt hinter Büchern zu hocken.

Die Miststiefel passen auch nicht in die „gute Stube“. So ist denn die gute Stube ganz verwaist. Wir müssen die Läden öffnen, um Licht zu erhalten. Und da sehen wir am ornamentirten Ofenaufsatz — das feine Herdgeschloß hängen und am Kronenleuchter — einen Beutel mit gedörrtem Obst. Im Winter ist die gute Stube kalt. Nur bei einer Kindtaufe oder einer ähnlichen Festlichkeit wird sie geheizt. Und bei solchen Anlässen erfüllt dann der städtische Luxus — Teppich, Plüschsofa, Goldspiegel und Cylinderbureau — seinen Zweck, nämlich den, angehaunt zu werden und den Besitzer als einen wohlhabenden und wohlgebildeten Menschen, der weiß, was Lebensart ist, erscheinen zu lassen, kurz den Zweck, bürgerlich zu repräsentiren.

So hat sich die gute alte Zeit auch auf dem Lande gesclüchtet vor dem Ansturm der modernen Wirklichkeit, und die Repräsentantin des Kapitalismus, „gute Stube“, schwingt auch über dem Bäuerlein ihren gestickten Pantoffel.

## Ein ander Lied!

Der Zuckerpfeifer und zahme harmlose Lieberdichter Emanuel Geibel wurde neulich unbändig gelobt und zitiert anlässlich der Einweihung seines Denkmals in Lübeck.

Schade nur, daß die Geibel-Feierer meist sich mehr an die flauerer als an die kräftigen Ergüsse ihres Lieblings halten. Sonst würde doch wohl häufiger das prächtige Gedicht zitiert, in dem er, 1845, das Nash Bel-sazars schildert — als Symbol moderner Zustände. Nachdem er beschrieben, wie „sie“ in anmuthigster Umgebung „tanzen um das goldene Kalb“, fährt er fort:

Mir ist's, durchsichtig wird die Wand,  
Und draußen, dicht und dichter,  
Da drängen sich bei Fackelbrand  
Viel tausend Hungergeschichter.  
Durch's Gewühl mit riesigem Leib  
Herschreitet kampfgeschürzt ein Weib  
Mit blutroth flatternder Fahne.  
Und sich, der Boden wird zu Glas,  
Und drunten seh ich sitzen  
Den Tod mit Augen hoch und groß  
Und mit der Sense bligen;  
Sarg' auf Sarge rings gestürmt —  
Doch drüber hin wie rasend stürmt  
Der Tanz mit Pfeifen und Geigen.  
Sie haben Augen und sehen's nicht,  
Sie prassen fort und lachen;  
Sie hören's nicht, wie zum Gericht  
Schon Balk' und Säule krachen.  
Lauter jauchzt der Geige Ton —  
Ihr Männer, ihr Weiber von Babylon:  
Wene Telet Upharsin!

Wenn der Mann das heut zu Tage gemacht hätte, wäre er vielleicht sozialistengesclüchlich ausgewiesen worden, sobald er den Boden eines „Belagerungsgebietes“ betreten hätte.

## Die Gnade des Zaren.

Der Märtyrer für die Sache des Volkes, Tschernyschewsky, wurde nach achtundvierzig Jahren der Gefangenschaft in Sibirien begnadigt. Im August wurde er begnadigt, im Oktober starb er — die Sonne der Gnade leuchtete erst der Leiche des großen Forschers und Kämpfers. — — —

Zu gleicher Zeit läuft durch die Zeitungen folgende Notiz:

Der Zar auf Reisen.  
Die Vorsichtsmaßregeln, welche für die Sicherheit der Person des Zaren, wenn er auf Reisen ist, getroffen werden, sind, wie „Truth“ erzählt, ganz außerordentlich. Es wurde veröffentlicht,

daß der Jar der Gast des deutschen Kaisers im Marmorpalast in Potsdam sein würde, und als dafelbst alle Arten kostspieliger Vorbereitungen getroffen worden waren, entschied er, daß er sicherer in Berlin sein würde, und eine große Summe wurde verausgabt in den Vorkehrungen für seine Aufnahme im königlichen Schloß.

Schließlich erhielt, nur einen Tag vor der Ankunft des Kaisers, Graf Schwalow ein Telegramm aus Kopenhagen des Inhaltes, daß der Jar in der russischen Botschaft absteigen werde, und der Depesche folgte rasch die Ankunft der kaiserlichen Handwerker, sieben an der Zahl, die dem Kaiser fest, wenn immer und wo immer er reist, voraussehen.

Dieselben sind zwei Zimmerleute, zwei Maurer, zwei Schlosser und ein Werkführer. Sie untersuchen höchst sorgfältig die Schornsteine, Schlösser, Fußböden, Wände und Möbel des Hauses, welches der Kaiser bewohnen soll, und seine eigenen Gemächer werden einer höchst strengen Untersuchung unterzogen. Die Schornsteine sind Gegenstände besonderer Aufmerksamkeit und jede Luftstöße, die nach einem Zimmer führt, welches der Kaiser betreten dürfte, wird oben und unten gründlich verperrt und, als ob diese Vorkehrungen nicht hinreichend wären, patrouillieren Polizeigenossen aus Petersburg Tag und Nacht auf dem Dache.

Wahrhaftig, tausendmal lieber sterben wie Tschernyschewsky, als leben wie der Jar aller Reußen!  
Wiener „Arbeiterzeitung.“

### Was die französische Volksvertretung kostet.

Der Bericht der Rechnungsrevisions-Kommission der französischen Kammer ist eine sehr interessante Lektüre, denn er führt nicht nur die Kosten der Volksvertretung auf, sondern er zeigt auch durch die Spezifizierung der einzelnen Posten, was alles zu einer richtigen Volksvertretung gehört. Wir entnehmen daher dem neuesten Berichte nach einem Auszuge des „Mondo diplomatique“ das Folgende.

Das höchste idische Gut, auch für einen Deputierten, ist die Gesundheit; also weiß das Budget der französischen Kammer einen ärztlich-medizinischen Posten auf im Betrage von 11 442 Fr. 75 Cts.

Die Versorgung der Deputierten mit Zeitungen geschieht in folgender Weise: jeder Deputierte bekommt ein Exemplar des „Journal officiel“ — so eine Art „Reichsanzeiger“ — was eine Jahresausgabe von 25 960 Fr. ausmacht; die im Lesezimmer aufliegenden Zeitungen kosten 1480 Fr.

Unter den sachlichen Ausgaben finden wir zunächst Bureaukosten für Papier, Fiebern, Dinte, Bleistifte u. s. w. im Betrage von 55 000 Frs. Die Heizung kostet 44 500 Frs. Bei letzterem Posten ist ein Nebenumstand zu bemerken. Um Wärme für rund 580 Deputierte, ferner für die Quästoren, für das Personal des Kammerpalastes, die Sitzungssäle, die Bibliothek u. s. w. zu schaffen, sind 500 Ester Holz nötig, während für den Kammerpräsidenten allein deren 400 ausgelegt sind. Die Uniform der Thürhüter kostet 26 000 Frs. Dazwischen teilen sich die Schneider, die Schurmfabrikanten und die Waffenslieferanten. Es ist etwas viel, aber es ist ohne Frage, daß eine hübsche Uniform nicht den dazu gehörigen Schnitten und Waffen das Ansehen einer Volksvertretung ungeniebt erhöht. Die Unterhaltung des Kammerpalastes erfordert die große Summe von rund 250 000 Frs. Darunter befinden sich für das Kammersekretariat 13 144 Frs., für die Reinigung der Aborte 9420 Frs. u. s. w.

Der Posten „Verständenes“ beläuft sich auf 117 620 Frs. Darunter befinden sich u. A. 8400 Frs., die davon herrühren, daß, wenn ein Deputierter stirbt, seine Familie 1200 Frs. ansbezahlt bekommt. Das Deputiertenmandat ist also zugleich eine Versicherungs-police für den Sterbefall.

Die Kammer hat aber auch ihren eigenen Kammerjäger, den „destructeur de rats parlementaires“. Dieser „parlamentarische Ratten- und Mäusefänger“ besieht jährlich 200 Frs.

Die „Agence Havas“ bekommt 5400 Frs. dafür, daß sie die Depeschen, welche die Deputierten gleichzeitig in den Zeitungen lesen können, noch einmal besonders in den Wandelgängen anschlagen läßt.

Oft wollen die Deputierten die Bände der Bibliothek zu Hause studiren: das Hinbefördern kostet 649 Frs.

Es fehlt auch nicht an einem Billard, das eine Jahresausgabe von 60 Frs. verursacht. Ob die Krede dabei ist, wird nicht bemerkt. Für Büchholzer werden 1798 Frs. 30 Cts. verausgabt. Da die Regieholzden bekanntlich schlecht sind, so ist dies nicht zu viel. Die Beleuchtung des Palais Bourbon kostet 109 000 Frs., die Schärpen und Medaillen für die Volksvertreter 25 000 Frs., das Erfrischungszimmer 35 184 Frs. 87 Cts. Wenn Essen und Trinken für die Deputierten umsonst wäre, so wäre diese Summe jedenfalls zu niedrig gegriffen.

An Jahresgehalt bezieht jeder Deputierte 9000 Frs. (7200 Mark), was für 584 (jezt 576) Mitglieder der Kammer die Summe von 5 256 000 Frs. ausmacht.

Der Präsident bezieht zu seinem Deputiertengehalt noch 72 000 Frs., jeder der Quästoren, die den schwierigen Beruf haben, nach Heizung, Be-tilation, Versorgung des Erfrischungszimmer u. dgl. zu sehen, außer seinem Deputiertengehalt noch 9000 Frs. Für Senat und Kammer zusammen werden auf diesen Posten allein 8 173 000 Frs. bezahlt. Die Quästoren haben außerdem wie der Präsident Wohnung im Palais, ferner Möblement, Wagen, Heizung, Beleuchtung u. s. w. frei.

Das dienende Personal des Kammerpalastes zählt 243 Köpfe und kostet 721 500 Frs. Also beinahe ein Bedienter auf zwei Deputierte. Unter dem Personal des Kammerpalastes befindet sich auch ein besonderer Angestellter, der nichts zu thun hat, als daß er sich um den Regenschirm des Präsidenten bekümmert (le racommo-deur des parapluies de M. le president).

Die Sekretäre, die von verschiedenen Kommissionen angestellt werden und die für diejenigen Deputierten, die etwas schwach in der Feder sind, die Berichte zu machen haben, kosten 64 000 Frs.

Von den Angestellten des Kammerpalastes wohnen in diesem selbst nur 111; die übrigen 132 wohnen draußen und erfordern eine Ertrausgabe von 31 402 Frs.

Für „Verschiedene Dienstleistungen“ sind 28 980 Frs. aus-geworfen. Darunter figurirt u. A. eine Indemnität von 800 Frs. für Portiersfrauen; leider ist nicht näher bestimmt, was für be-sondere Dienste diese geleistet haben. Ein Volksvertreter muß immer reinlich gewaschen, gebürstet, gekämmt u. s. w. sein. In dieser Beziehung scheinen sehr starke Ansprüche gestellt zu werden oder großes Bedürfnis vorhanden zu sein, denn wir finden 5474 Frs. für Bürsten und Schwämme und 1522 Frs. für Seife, Eau de Cologne u. dgl. verzeichnet.

Außer den in diesem Verzeichniß aufgeführten Vortheilen haben die Herren Deputierten auch noch andere; sie können das ganze Jahr umsonst auf allen Eisenbahnen Frankreichs fahren und sie haben freien Zutritt zu allen Theatern mit Staatssubvention. Die Vertreter der Kolonien erhalten Entschädigung für ihre Her-und Rückfahrt, sowohl für sich, wie für ihre Familie und Dienerschaft.

Im Ganzen kosten beide Kammern dem Lande (nach dem Budget von 1888) 12 145 088 Frs. Zum Vergleich wollen wir daneben stellen, was die parlamentarische Vertretung in einigen anderen Ländern kostet, auf Franken zurückgeführt. Sie kostet: in England 1 298 100; in Spanien 2 299 205; in Belgien 900 121; in Portugal 753 000; in Oesterreich (Reichsrath) 1 810 627; in Deutschland (Reichstag) 479 087; in Italien 2 150 000 Frs. Frankreich zählt also seinen Volksvertretern weitaus das meiste. Dafür sind sie aber auch die Souveraine, und diese kosten be-kanntlich Geld.

## Reichstag. Bankgesetznovelle.

Freitag, den 8. November. 11. Sitzung.

Abg. Graf Udo zu Stolberg-Bernigerode (kons.): Die Mehrheit meiner Freunde hält den Zeitpunkt für gekommen, die Reichsbank in den Besitz des Reiches überzuführen. Ich will nicht bestreiten, daß die Leitung der Reichsbank sich gut bewährt hat, aber ich glaube, mehr und mehr hat sie ihre Thätigkeit haupt-sächlich den großen Finanz- und Handelskräften zu Gebote gestellt. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Wechsel und Darlehen ge-ringer geworden, dagegen die Gesamtsumme derselben gestiegen. Das beweist, daß die Geschäfte sich mehr und mehr in einzelnen Händen konzentriren. Der Hauptgrund für uns ist aber ein finan-zieller. Die jetzigen Erträge aus der Reichsbank für das Reich sind außerordentlich gering, und es wäre wünschenswerth, diese zu steigern, und nach den zahlenmäßigen Berechnungen finde ich, wenn wir das Kapital, welches zur Verantwärtung der Reichsbank nötig ist, zu 3 1/2 Prozent aufnehmen, daß dies allein für das Reich eine jährliche Mehreinnahme von 3 1/2 Millionen bedeuten würde.

Abg. Basing (nl.): Unsere Fraktion stimmt dem vorliegen- den Gesetzentwurf durchaus zu.

Abg. Camp (Rp.) für Uebernahme auf das Reich. Es läßt sich zahlenmäßig nachweisen, daß die Reichsbank eine Aus-nutzung des Banknotensystems zu Gunsten der Aktionäre ermöglicht. Auch die Landwirtschaft und das Handwerk sollten Antheil an dieser Reichsbank haben. Das ist nicht geschehen und die Land-wirtschaft hat begründeten Anlaß zur Beschwerde. Die Land-wirthe sind doch nicht kredit-edürftige zweiter Klasse. Ebenso gut wie die Großindustriellen, die Bankiers, ihr Betriebskapital von der Reichsbank beziehen (Lachen links), kann auch die Landwirth-schaft Anspruch darauf erheben, Betriebskapital von der Reichsbank zu bekommen. Die Landwirtschaft sollte endlich aufhören, das Weizenbrödel des Staates zu sein. (Lachen links.) Ich meine ja auch nicht, daß die Reichsbank den anderen Banken Monopol Kon-kurrenz machen soll, aber so viel Konkurrenz sollte sie schon machen, daß sie den kleinen Gewerbetreibenden, Handwerfern, Landwirthen Kredit gewährt. Die Reichsbank soll eine Reichsbank sein, nicht eine Bank der Reichen. (Beifall rechts.) Redner empfiehlt, auf jeden Fall das Gesetz nicht über 5 Jahre zu verlängern, dagegen die Kündigungsfrist auf 3 Jahre zu verkürzen.

Reichsbankpräsident v. Dedeub, Abg. Bamberger (frei.) für die Vorlage.

Abg. Singer (Sozialdem.): Wir sind prinzipiell gegen die Vorlage und würden es für richtig halten, wenn der Vertrag mit der Reichsbank gekündigt wird und das Reich die Verwaltung in eigene Hand nimmt. Wir haben keine Lust, für die Aktionäre sette Dividenden zu schaffen, die für Reichszwecke nützlicher verwendet werden können. Wie auf dem Eisenbahngelände, so wird es auch auf dem Bankgebiete möglich sein, die Ueberhäufe dem Staats-bürger zu gute kommen zu lassen, und die Konsequenz, die Herr Bamberger erwähnt hat, die Verstaatlichung auch der an-deren Privatbanken würde uns nicht schrecken.

Abg. Hulsch (kons.) erklärt namens einer Minderheit seiner Freunde voll und ganz die Zustimmung zur Vorlage der verbün-deten Regierungen.

Abg. Böckel (Antisemit): Wir leben wieder in einer Zeit des großen Gründungsstrebens, und vielleicht in wenigen Monaten wird wieder ein großartiger Krach hereinbrechen, der die Vernichtung zahlreicher Existenzen zur Folge haben wird. Man hört heute schon das Rollen des Erdbodens und bereits zittert man selbst in Vorkreisen vor den Folgen des Krachs. Trotz alledem will man mit dieser Vorlage die Reichsbank an die Börse überliefern. Man wird an das Wort Bibbithors's erinnert, daß die Börse bereits mehr zu lazen habe, als der Bundesrath. Mit dieser Vorlage, die die Börsenkreise noch weiter in Schanz nimmt, ziehen Sie nur die Sozialdemokratie groß, denn man kann nicht Sozialreform treiben, wenn man Arm in Arm mit der Börse geht. Wir können den bisherigen Zustand der Reichsbank nicht verlängern, wenn wir nicht dem Volke ins Gesicht schlagen und mit der Sozialreform aufhören wollen, wenn wir nicht der Börse uns beugen und das Wort Edward's dahin ändern wollen: „Die Deutsche fürchten Gott, Weidwörter und andere Börsengrößen“. Verstaatlichen müssen wir die Reichsbank jedenfalls, und zwar in einer Weise, daß auch die breiten Schichten des Volkes Nutzen davon haben. Die Bank-noten müssen wir beiseitigen und an deren Stelle Reichspapiergeld ausgeben und dieses zu billigen Zinssätzen den Darlehnsklassen der Zunungen, den Handwerkerklassen und dergleichen zuwenden.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

### Freisinnige Anträge.

Montag, den 11. November. 12. Sitzung.

Der Reichstag ist wiederum elend besetzt, sodas sich bei der ersten bestrittenen Abstimmung Beschlußunfähigkeit, u. zwar in krafter Weise, herausstellte: es waren nur 108 Mitglieder (von 397) anwesend, während zur Beschlußfähigkeit 199 erforderlich sind.

Der freisinnige Antrag (Nidert), die verabschiedeten Offiziere der Militärgerichtsbarkeit zu entziehen, fand nach kurzer Debatte einstimmig Annahme.

Abg. Nidert (frei.): Schon 1884 erklärte der damalige Kriegsminister (Bronn, v. Schell), die Kriegsverwaltung habe kein Interesse daran, daß die verabschiedeten, auch die mit Pension verabschiedeten Offiziere, dem Militärstrafgesetze unterstellt blieben, was sich freilich nicht auf die zur Disposition gestellten Offiziere beziehen sollte, er wiederholte diese Erklärung im Jahre 1886 noch etwas bestimmter. Ich glaube nicht, daß auch die Konserwativen gegen unsern Antrag etwas haben werde... Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. — Gröber (Centr.), Beiel (natl.) dafür. — Singer (Soz.): Es ist vorgekommen, daß verabschiedete Offiziere, die unter Militärgerichtsbarkeit standen, wegen solcher Delikte straf-frei ausgegangen sind, wegen deren Civilpersonen bestraft worden sind. Es erklärt sich das nur aus der verschiedenen Praxis der Civil- und Militärgerichte. Sie sehen danach, wie nötig hier eine Aenderung ist.

Auch der zweite freisinnige Antrag (Nidert) die Verbündeten Regierungen zur Vorlegung einer Militär-strafprozessordnung aufzufordern, die mit den Formen des ordentlichen Strafprozesses umgeben sei, gelangte zur Annahme;

dagegen lehnte das Haus den dem Antrage hinzu-gefügen Zusatz, die Militärpersonen im Frieden nur wegen Dienstvergehen der Militärgerichtsbarkeit zu unterstellen, mit geringer Mehrheit ab.

Abg. Nidert (frei.): Schon König Friedrich Wilhelm III. hat durch eine Kabinettsordre vom Jahre 1808 eine Aenderung der Militärgerichtsbarkeit für dringlich notwendig gehalten, in dem Sinne, den unser heutiger Antrag verfolgt — und dennoch stehen wir in unserem heutigen konstitutionellen Reiche noch auf demselben Standpunkte, den der damals absolutistisch regierende König be-seitigen wollte! In diesem Punkt steht Deutschland hinter allen Staaten zurück, selbst hinter Rußland.

Abg. Gröber (Centr.): Deutschland hat ein Recht, seine Strafprozessordnung einheitlich geregelt zu sehen. Die Sache ist um so schummer geworden, als früher in einzelnen norddeutschen Staaten, z. B. Oldenburg, bessere Zustände herrschten, die bei Ein-führung des preussischen Militärwesens schlechteren Einrichtungen weichen mußten.

Abg. Fieser (nl.): Ich habe namens meiner politischen Freunde den Antrag übernommen, hier zu erklären, daß wir dem ersten Theile des Antrages vollständig zustimmen, daß wir dagegen dem zweiten Theile gegenüber uns ablehnend verhalten.

Zu einer umfangreichen Debatte gab der dritte frei-sinnige Antrag (Nidert), der Bundesrath möge den Be-hörden die strikte Innehaltung der Wahlvorschriften einschärfen, Anlaß. Die Mehrheitsparteien suchten später die Debatte zu schließen, um noch in dieser Sitzung den vom Abg. Müller gestellten Antrag auf motivirte Tages-ordnung trotz der späten Stunde zur Abstimmung zu bringen. Daraufhin zweifelte der freisinnige Abg. Schmidt die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Beschlußunfähig.

Der Antrag selber lautete:

„mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren vielfach vorgekommenen Verstöße gegen § 43 Abs. 3, 4 und 5 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, gegen § 17 des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 und gegen die §§ 9 und 28 des Reichs-gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der So-zialdemokratie vom 21. Oktober 1878 die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die be-züglichen Behörden die genannten gesetzlichen Vorschriften in Zukunft genau beobachten.“

Die hier berührten Gesetzesbestimmungen sind:

§ 43 Gew.: Zur Vertheilung von Stimm-zettel n und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu den gesetzgebenden Körperschaften in eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlfalles nicht er-forderlich. — Dasselbe gilt auch bezüglich der nicht gewerbs-mäßigen Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken. — In geschlossenen Räumen ist zur nicht ge-werbsmäßigen Vertheilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken eine Erlaubnis nicht erforderlich.“

§ 17 Wahlgel.: „Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahl-angelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen, unbewaffnet, öffentliche Versammlungen zu ver-anstalten. Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben bleiben unberührt.“

§ 9 Soz.: betrifft die Auflösung und das Verbot von Versammlungen des im Gesetz bezeichneten Charakters, und nach § 28 darf die Polizei in den Gebieten des kleinen Belagerungszustandes anordnen, daß Versammlungen nur mit polizeilicher Genehmigung stattfinden dürfen, davon sind jedoch Versammlungen für die Reichs- und Landtags-wahlen ausgeschlossen.

Abg. Nidert (frei.): Der eigentliche Urheber dieses Antrages ist der Kollege Riquel. 1878 erklärte er bei Gelegenheit eines Antrages Singer's zur Prüfung der Wahl des Abg. Richter, daß bei Wahlkomitees und Wahlversammlungen die Thatsache, daß ein Sozialdemokrat der Urheber sei, niemals ein Verbot oder eine Auf-lösung rechtfertigen dürfe, und fügte hinzu: Der Reichstag müsse alle Mittel, die ihm zu Gebote ständen, dahin geltend machen, daß die Behörden streng gehalten würden, mit der größten Unparteilich-keit bei den Wahlen vorzugehen... Wenn in einem anderen kon-stitutionellem Lande jemand ungesetzlich verhaftet wird auch nur auf wenige Stunden, dann geht durch die ganze gebildete Welt ein Schrei der Entrüstung. Hier haben Sie Dugende von flagranten Rechtsverletzungen, und Sie müssen durch die Annahme unseres Antrages zeigen, daß es ihnen wirklich ernst damit ist, solche Geset-widrigkeiten zu bekämpfen.

Abg. Singer (Soz.): Und erscheint Herr Nidert deswegen zu optimistisch, weil er an die verbündeten Regierungen appellirt, deren früherer Vertreter, Herr v. Puttkamer, an die unteren Be-hörden einen Erlaß richtete, für gute Wahlen zu sorgen. Brauche ich Sie daran zu erinnern, daß der König von Sachsen und der Großherzog von Baden zu Gunsten der Kartellparteien in die Wahl-agitation eingetreten sind? Soll ich Sie daran erinnern, daß der Kaiser noch vor wenigen Wochen in den Kartellparteien die Inter-essen des Reiches gewahrt sah? Gegenüber solchen Kundgebungen ist der Optimismus des Herrn Nidert durchaus nicht gerechtfertigt. Wir haben uns diesen Optimismus abgewöhnt. Die Hoffnung, die Gerechtigkeit der herrschenden Partei werde so wach werden, daß sie die verfassungsmäßigen Rechte respektirt, haben wir nicht. Wenn wir uns in eine Diskussion darüber einlassen, so geschieht es nur aus Pflichtgefühl für unsere Wähler, da wir das Mandat übernommen haben, um alle Gesetzwidrigkeiten an dieser einzigen Stelle hier an's Licht zu ziehen, wo überhaupt noch ein freies Wort in Deutschland möglich ist. Redner bespricht den Erlaß des meck-lenburgischen Amtverwalters v. Derges: alle sozialistischen Flug-blätterdürftiger festzunehmen, die Blätter zu beschlagnahmen; ferner die Verordnung des Chemnitzer Amtshauptmanns Dr. Fischer gegen den Boykott der Lokalverweigerer. — Präf. v. Levetzow: Im Anfange seiner Ausführungen hat der Vordruber in nicht mißzu-verstehender Weise einen deutlichen Bundesfürten als Wahl-lagator bezeichnet und hat durch diesen Ausdruck die Ehrerbietung verlegt, die wir den deutschen Bundesfürten schuldig sind. Ich rufe ihn wegen dieses Ausdrucks nachträglich zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Müller-Marienwerder (Reichsp.): Die Ausführung der Reichsgesetze und die Handhabung der Polizei ist eine Prä-ro-gative der Einzelstaaten. Der Bundesrath hat zwar das Recht, gegen hervorgetretene Mängel in dieser Ausführung einzuschreiten, wenn er aber auf grund von Zeitungsnotizen und Bemerkungen im Reichstage sofort einschreiten wollte, so wäre die Selbständigkeit der Einzelstaaten in bezug auf die Instruktion ihrer Behörden und auf Beschwerden, in denen der Instanzenweg noch gar nicht erschöpft ist, vernichtet. Die Wahlprüfungskommission hat den Grund-lag aufgestellt, daß das Auftreten eines Sozialdemokraten als Redner oder als Einberufer einer Wahlversammlung nicht als hin-reichend dafür angesehen werden solle, daß die Versammlung zur Förderung der auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Ge-sellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen diene. Es war aber kein Zweifel in der Kommission und im Plenum, daß auf grund des Sozialistengesetzes auch eine Wahlversammlung vorher verboten werden könne, wenn Thatsachen vorliegen, auf grund deren die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förde-rung der sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen be-stimmt ist. Schon bei der Prüfung des Abg. Leuchner ist das Verbot einer Versammlung anerkannt worden, welches damit moti-virt war, daß der Einberufer wiederholt bestraft war wegen Wider-stands gegen die Staatsgewalt. In dem Falle Henneberg, der uns von einer Seite als eine eklatante Gesetzesverletzung seitens des gothaischen Ministeriums hingestellt wurde, ist die Versammlung verboten worden, nicht nur weil der Einberufer Vok ein Sozial-demokrat war, sondern auch weil er wiederholt bestraft war und weil er in derselben Wahlbewegung aufreizende Reden gehalten hatte. Nach Ansicht der Kommission, war diese Anwendung des

Gefehes ganz korrekt, und der Reichstag hat ebenso votiert und die Wahl für gültig erklärt.

Der badische Bundesbevollmächtigte v. Marschall wendet sich gegen die Kritik der badischen Zustände — ebenso der Abg. Fischer (nll.): Die Redefreiheit (im Reichstage) in solchem Anlasse bei so geringer Begründung des Vorgetragenen scheint mir fast eine Gefahr geworden zu sein. (Hört! hört! links.) Das amtliche Verzeichnis der verbotenen sozialdemokratischen Druckschriften enthält 2500 Nummern. Die Behörden haben also die heilige Pflicht, fortgesetzt einen Kampf zu führen gegen eine Gesellschaft von Verschwörern, welche bereits eine sehr große Zahl in Deutschland bilden.

Die unwichtigen Debatten der folgenden Tage wegen Raum-mangels in nächster Nummer.

## Gewerkschaftliches, Vereine.

Der **Limbacher Streik** (Eritotagen, Fabrik Konrad und Friedemann) ist beendet. Alle noch ausstehenden Sammellisten an Gust. Ebert, Limbach i. S., Schützenstr.

Die **Hamburger Schuhmacher** verlangen vom 1. April 1890 ab folgendes: 11 stündige Arbeitszeit, Lieferung sämtlicher Futurnaturen, Abschaffung des Logiszwangs beim Arbeitgeber, Entschädigung der Wartezeit (Stunde 30 Pf.) und eine stehende Ueberwachungskommission. Der Lohnsatz liegt noch in Beratung. Seit dem 15. Januar d. J. wird eine Extrasteuer von wöchentlich zehn Pfennig erhoben, denn der Hauptfaktor ist ja immer Geld. Ein allgemeiner Streik ist nicht ausgeschlossen.

— **Verein der Nähmaschinen- u. Handarbeiterinnen** Berlins u. Umgeg. Dienstag, den 19. Nov., in „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75: Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Hildebrandt über das Koalitionsrecht und die Arbeiterinnenbewegung. Am 28. d. M. in Moabit, Knabts Brauerei, Einrichtung einer Fiskale. Referent Herr Jubel.

— **Verein der in der Schäftfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen.** Montag, den 18. November, bei Reiber, Alte Jakobstraße: Versammlung. Tagesordnung: Beschluß ist die Organisation der Arbeiterinnen notwendig? Ref. Fr. Waader. Wahl des definitiven Vorstandes. Männer haben Zutritt. Zellerfassung.

— **Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter** (F. H. 29. Hamburg), Filiale Berlin 1. Die zu Montag, den 16. d. Mts., in Winter's Restaurant, Lichterfeldestraße 8, anberaumte Versammlung findet nicht statt.

— **Freireligiöse Gemeinde.** Rosenthalerstr. 38, Sonntag, den 17. November, Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn Walter über: „Religion und Moral“. Gäste willkommen. Montag Abends 8 Uhr beschließende Gemeindeversammlung.

— **Die Freie Vereinigung der Zuschneider,** Vorrichter und Stepper feiert am 16. November d. J. in Sterneder's Bürgerfälen, Dresdenstr. 96, ihr erstes Stiftungsfest.

— **Fachverein der Lederarbeiter** u. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Arbeitsnachweis des Vereins sich im Lokale des Herrn Sperling, Louise-Platz 22 (Draniensplatz) befindet. Stellungen bereits mehrfach angemeldet. Das Tanzvergnügen des Vereins findet am 25. November, Abends 8 Uhr, statt. Billets für Herren und Damen sind im Arbeitsnachweis zu haben. Geschäftsstunden Abends 8 bis 9 1/2 Uhr, Sonntags Vormittags 10 bis 11 1/2 Uhr.

— **Sanitätsverein der Arbeiter** beiderl. Geschlechts. Beiträge werden täglich entgegengenommen, sowie Vons angefertigt und neue Mitglieder aufgenommen bei Herrn Otto Rasche, Parianenstr. 34, Hof 3 Tr.

— **Der sozialdemokratische Leseklub** Vassalle tagt jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Piemer, Gurystr. 16. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

— **Sozialdemokratischer Leseklub „Lessing“.** Jeden Montag Abends 9 Uhr im Restaurant Leonhardt, Wallstraße 20,

Vorlesung und Diskussion. Durchreisende Genossen, welche sich als solche legitimieren, finden gastliche Aufnahme.

— **Achtung!** Das Vergnügungskomitee für das abgehaltene Stiftungsfest vom Leseklub „Lessing“ ersucht bis Montag Abends die Billets abzurechnen, widrigenfalls Anrechnung erfolgen muß.

— **Fachverein der in Buchbindereien und verw. Betrieben beschäftigten Arbeiter.** Montag Abends 9 Uhr Versammlung, Annenstr. 16.

— **Der Arbeits-Nachweis** des Fachvereins der Schlosser befindet sich für den Süden Dresdenstr. 116 bei Grindel, für den Norden Anklamerstr. 49 bei Nürnberg.

— **Verein der Klempner** Berlins. Arbeitsnachweis bei Stramm, Ritterstraße 123.

— **Der unentgeltliche Arbeitsnachweis** für Klavierarbeiter befindet sich vom 20. Oktober ab Raunauerstr. 78 bei Winger. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8—9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 10—11 1/2 Uhr, sowohl an Mitglieder wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.

## Briefkasten.

**M. St., Pirna.** Das Beste ist wohl, Sie anzugehen in einem Berliner täglichen Blatt. Eine Stelle ist uns nicht bekannt.

**F., Basel.** Durch jede Buchhandlung. Verlag G. F. Conrad, Berlin SW., Friedrichstr. 19.

**Phonograph in Br.** Viele Grüße. Die Einsendung hat uns vielen Spaß bereitet.

**W. W., Lübau i. S.** Betrag empfangen.

**Wahlverein 2.** Wir erhalten trotz aller unserer Bemühungen Ihre Annonce fast regelmäßig zu spät. Annoncen erbitten wir bis Donnerstag Abend, spätestens Freitag früh mit der ersten Post.

## Für den 2. Wahlkreis.

Allen Genossinnen und Genossen empfehle mein **Weiss-u. Bairisch-Bier-Lokal** (mit Winter-Regelbahn).

Vorzügl. Speisen und Getränke.  
**Wilhelm Schmidt,**  
Kagbachstraße 19 (am Kreuzberg).  
Vollständ. und Vollkornbrot liegen aus.

**E. M. Wilschke,**  
Junckerstraße 1.

**Cigarren- und Tabakshandlung.**  
Aussische u. türk. Zigarren in größter Auswahl.

## Wendt's Restaurant

Dresden-Str. 116.  
Inh. **W. Gründel.**

Arbeitsnachweis für Maler, Tischler, Schlosser, Buchbinder, Drechsler, Töpfer, Möbelpolierer und Sattler.

Reichhaltiger Frühstück-, Mittag-, und Abendbisch.

Speisen à la carte zu jeder Tageszeit, sol. Preise. Vorzügliches Weiß- und Bairisch-Bier. 2 franz. Billards und 2 Regelbahnen stehen zur Verfügung.

## Berlin S., City-Passage, Laden 14, Dresdenstr. 59/53

eröffnete ich eine **Buchhandlung für Arbeiter.**

- Ich führe besonders:
1. Sämtliche Werke aus dem Verlage von J. G. M. Diez in Stuttgart.
  2. Berliner Arbeiterbücherei.
  3. Alle für den Arbeiter wichtigen Gesetze in den zweckmäßigsten Ausgaben.
  4. Weltgeschichten.
  5. Billige und gute Conversations-Bücher und Fremdwörterbücher.
  6. Populäre naturwissenschaftliche Werke.
  7. Moderne realistische Romane und Dramen von: Zola, Daudet, Goncourt, Mussofant, Wien, Björnson, Riess, Strindberg, Krögh, Garborg, Tolstojew, Ibsen, Turgenjew, Hauptmann, Hauptmann u. a. m.
  8. Die Kaffee- u. Theezugabe gestattet.

Jedes Buch wird auf Wunsch schnell besorgt. Einrichtung ganzer Bibliotheken für Vereine. Besondere nach Maßgabe franco. Colportage hoher Rabatt.

**R. Baginski,** Buchhandlung, City-Passage.

**Quittungsmarken & Kautschukstempel-Fabrik** von **Conrad Müller**

Schkeuditz-Leipzig empfiehlt sich allen Arbeitervereinen, Krankenkassen u. s. w.

Ausführung sauber und schnell. Preislisten gratis und franko.

## Geschäfts-Eröffnung

Meinen werthen Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, daß ich in der **Waldenstraße 93,** nahe der Draniensstraße ein

**Putz-Geschäft** eröffnet habe.

Ferner habe ich **Ball- und Hochzeits-Toiletten** zu versehen.

Kuherdem führe ich mein **Modengarderoben-Geschäft** in der Draniensstr. 178 unverändert fort.

**F. Panknin.**

**Cigarren u. Tabake** reichhaltiges Lager von **O. Klein.**

15. Nitterstraße 15.  
Derselbe Zahlstelle der Gärtler u. Bronceur (F. S. 60.)

# Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung

für den 13., 14., 15. und 17. Bezirk.  
Montag, den 18. November, Abends 8 Uhr,  
in Hoffmann's Zentral-Festfälen, Draniensstr. 180.

Tagesordnung:  
1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referenten: Franz Tuhauer und Arthur Stadthagen.  
2. Diskussion und Verschiedenes.

Das Zentral-Wahlkomitee.

# Große öffentliche Volksversammlung für Wilmersdorf und Umgegend.

Sonntag, den 17. November, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant Viktoriagarten in Wilmersdorf.

Tagesordnung:  
1. Die Vertheuerung der Lebensmittel und die Schutzgölle. Referent: Buchdrucker Wilh. Werner.  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

# Grosse öffentliche Versammlung des Berliner Arbeiter-Bildungs-Vereins.

Dienstag, den 17. November, Abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, am Königsthor.

Tagesordnung:  
1. Die Belastung der Arbeiter durch die indirekten Steuern und deren Abhilfe. Referent: Reichstagsabgeordneter Kühne.  
2. Diskussion.  
3. Allgemeines und Fragelasten.

Jedermann hat Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

# Ausserordentliche General-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Donnerstag, den 21. November, Abends 9 Uhr, in Lehmann's Salon, Schwedterstr. 24.

Tagesordnung:  
1. Berichterstattung vom letzten Vierteljahr.  
2. Neuwahl des gesammten Vorstandes.  
3. Vortrag und Diskussion.  
4. Verschiedenes und Fragelasten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedskarte legitimirt. **Der Vorstand.**

# Große öffentliche Versammlung der Freien Vereinigung der Zimmerer Berlins und Umgegend

Sonntag, den 17. September, Vorm. 10 Uhr, in Orschel's Salon, Sebastian-Str. 39.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn W. Werner über die Frauenfrage.  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes und Fragelasten.

Jedermann hat Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

# Emil Franke.

**Nähmaschinen sämtlicher Systeme.** Wasch- und Wringmaschinen bester Sorte.

Theilzahlung. Reparatur-Werkstatt. **Saarbrückerstasse 6, neben Brauerei Bötzw.**

## Recht muß Recht bleiben!

Neue und gewissenhafte Civil- und Straf-prozessführung. Eingaben, Schriftsätze, Rath und Auskunft. **Rechtsbeistandsbureau Große Frankfurterstraße 112, Ecke Androssstr.**

Empfehle meinen werthen Freunden und Genossen sowie den Lesern dieses Blattes mein **Cigarren-Geschäft.**

**Carl Lehmann.**  
Brunnenstr. 83, dicht am Humboldtthain.

## Kottbus.

Die Abonnenten der „Berliner Volks-Tribüne“ und „Arbeiter-Chronik“ und alle die es werden wollen, lade zu heute sowie jeden Sonntag, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn **E. Bobuska,** zum

gemüthlichen Beisammensein mit Familien freundschaft ein.  
**Karl Lewandowsky.**  
NB. Eintrittskarten frei.

## Allgemeiner Metallarbeiter-Verein Berlins und der Umgegend.

**Grosse Versammlung für Tegel.**

Sonnabend, den 16. November, Abends 8 Uhr, im Restaurant Lindenberg, Schloßstr. 7—8.

Tagesordnung:  
1. Die Gewerkschaftsorganisation, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Referent: Paul Litfin.  
2. Diskussion.  
3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
4. Verschiedenes und Fragelasten.  
Gäste haben Zutritt.  
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

## Unterstützungsverein der Berliner Maurer.

Mittwoch, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstr. 10.

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom letzten Quartal.  
2. Vorstandswahl.  
3. Vortrag über Moderne Wundbehandlung. Referent Dr. Bernstein.  
4. Diskussion.  
5. Unterstützungs- und Vereinsangelegenheiten.  
Gäste haben Zutritt.  
Um zahlreichen Besuch sowie pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

## Fachverein der Former und verw. Berufs-genossen.

Sonntag, den 17. November 1889  
Vormittags 10 1/2 Uhr,  
in Sterneder's Bürgerfälen, Dresdenstr. 96.

**Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Berichterstattung über die Verhandlung der Kommission des Fachvereins der Former und des Eisengieberei- und Maschinenfabrikanten-Vereins.  
2. Bericht über die Dessauer Angelegenheit.  
3. Verschiedenes.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Am 27. Dezember, (3. Weihnachts-Feiertag). Abends 6 Uhr, findet unser

## 4. Stiftungsfest,

in Heydrich's Festfälen, Weuthstraße 20/22, statt. Hierzu lade ich ein

Das Vergnügungskomitee.

Billets sind zu haben bei den Herren: Paul Behrendt, Pankstr. 51 b; Richard Wendel, Bernauerstr. 108; Aug. Blath, Bollinerstr. 71; Otto Weichert, Gerichstr. 81; Eugen Schnarwendorf, Barnimsstr. 3; Fritz Gurlun, Bernauerstr. 36; Ludwig Stopfad, Brangelstraße 132; Alwin Körffien, Staligerstr. 63/64.